

Diese Zeitschrift stellt einen Beitrag zu einer größeren Diskussion zum Thema "politischer Antirassismus" dar. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit versucht diese Zeitschrift anhand von Texten und Praxisbeispielen, Formen und Ansätze von politischem Antirassismus zu beschreiben.

Politischer Antirassismus - im Unterschied zum moralischen Antirassismus - löst sich von festgeschriebenen Opferrollen (z.B. "der rassistisch diskriminierten Person") und entwickelt neue bzw. bedient sich bestehender Ideen, Strategien und Praxen, die unter anderem Subjekte in ihrem Handeln stärken, Machtverhältnisse sichtbar machen (Politisierung) und Verbindungen zu anderen möglichen aktiven Personen und Gruppen herstellen (Allianzenbildung).

Politischer Antirassismus stellt keine Reaktion oder gar die Kehrseite von Rassismus dar, sondern besteht aus einer Vielzahl von Perspektiven aus denen die politischen Implikationen von Antirassismus in allen Lebens- und Arbeitsbereichen identifiziert und so verändert werden.

Erika Doucette



<p><b>Kulturarbeit und Politischer Antirassismus</b> Antirassistisches Positionspapier der IG Kultur Österreich</p>	<p>4</p>	<p><b>Ein Beitrag zur Diskussion zwischen der African Community und SOS Mitmensch</b> Ljubomir Bratic</p>	<p>24</p>
<p><b>Widerstandskultur und Möglichkeiten der Partizipation im Kulturbereich</b> Das Beispiel einer Migrantinnenorganisation in Linz Rubia Salgado</p>	<p>6</p>	<p><b>Manifesto FeMigra</b> FeMigra</p>	<p>25</p>
<p><b>Campaigning against racism</b> Araba Evelyn Johnston-Arthur und Andreas Görg</p>	<p>8</p>	<p><b>Vorwort zu "Landschaften der Tat: Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa"</b> Ljubomir Bratic</p>	<p>26</p>
<p><b>Symbolische Vergangenheitspolitik als Strategie der politischen Ermächtigung: Die Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien</b> Ari Joskowicz</p>	<p>17</p>	<p><b>Kulturalismus und die Globalisierung im Fußball</b> <b>Antirassistische Interventionen in der Popkultur</b> Michael Fanizadeh</p>	<p>27</p>
<p><b>WEIßHEIT</b> Araba Evelyn Johnston-Arthur</p>	<p>23</p>		

## **Kulturarbeit und Politischer Antirassismus Antirassistisches Positionspapier der IG Kultur Österreich**

### *Warum Politischer Antirassismus in der Kulturarbeit?*

Ein zentrales Merkmal der politischen Kulturarbeit charakterisiert sich durch das Engagement für eine gleichberechtigte und sozio-kulturell diversifizierte Gesellschaft.

Hier gibt es einen engen Zusammenhang mit dem Konzept des Politischen Antirassismus, dem es um die Herstellung von gleichen gesellschaftlichen Bedingungen für diskriminierte, marginalisierte und ausgegrenzte Gruppen und Personen geht.

Aus der historischen Erfahrung der beispiellos rassistischen Verbrechen des Nationalsozialismus resultiert für Österreich eine besondere Verantwortung.

Zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher waren am Genozid von Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti sowie an der Ermordung von politisch Andersdenkenden aktiv beteiligt. Die Etablierung einer demokratischen Kultur muss sich allen Kontinuitäten von Rassismus und Menschenverachtung entschlossen widersetzen.

Rassismus in der Gesellschaft kann nicht abseits von Diskriminierung gesehen werden. Diskriminierung bedeutet in politischer Hinsicht Ausschluss von bestimmten Rechten, in sozialer Hinsicht die Erfahrung von Vorurteilen und Ausgrenzungen.

Davon betroffen sind Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, sozialen oder religiösen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung Diskriminierung erfahren. Dazu gehören unter anderem die gesetzlich anerkannten Volksgruppen, Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Frauen, Lesben, Schwule, Transgender sowie Menschen mit Behinderung.

Rassismus äußert sich in historisch gewachsenen Strukturen der Ungleichheit. Ihnen liegt das Interesse zugrunde, in Abgrenzung gegenüber explizit rassistisch definierten Merkmalen (z.B. aufgrund der Herkunft, Hautfarbe, Religion) eine kulturelle und ökonomische Hegemonie zu rechtfertigen und durchzusetzen.

Am deutlichsten wird dieses System der Ungleichheit in der so genannten Globalisierung. Die weltweite neoliberale Wirtschaftsmacht hat eine Polarisierung bewirkt, die immer größere Teile der Menschen betrifft.

Einerseits wird die freie Zirkulation des Kapitals, der Güter, des Konsums und der produktiven Prozesse weltweit gefördert, die Mobilität der Arbeitskräfte und die freie Zirkulation der Menschen sind jedoch massiven Einschränkungen ausge-

setzt, sobald Armut und/oder Diskriminierung den Ausschlag dafür geben.

Vor diesem Hintergrund globaler Entwicklungen unterscheidet sich der Politische Antirassismus gezielt von Konzepten eines psychologisierenden, moralisierenden und individualisierenden Antirassismus, die das Phänomen Rassismus anhand von Einzelursachen und der Verantwortung meist sozial benachteiligter Schichten zu erklären versuchen.

Rassismus muss als konstituierendes Kennzeichen eines gesellschaftlichen Systems der Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpft werden. Nicht der Dialog mit den hegemonialen Kräften steht dabei im Vordergrund, sondern ein selbstbestimmter Empowerment-Prozess von politisch handelnden Subjekten, die nicht als Opfer gesehen werden wollen.

### *Die IG Kultur Österreich und der Politische Antirassismus*

Der strukturelle Rassismus bildet in der Gesellschaft ein feindliches Umfeld der Ausgrenzung, die eine Selbstorganisation zur Folge haben muss. Gegenüber diesem feindlichen Umfeld darf sich politische Kulturarbeit gerade aufgrund ihrer Selbstdefinition nicht gleichgültig verhalten.

Politische Kulturarbeit ist schließlich grenzüberschreitend, durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft und entwickelt Gegenmodelle zu bestehenden Geschlechterkonstruktionen, nationalstaatlichen Modellen und sozialen Hierarchien.

Die IG Kultur Österreich schließt sich daher der Forderung nach Gleichheit und der Beseitigung aller Diskriminierung an.

Diese Position stimmt mit dem Ziel der Politisierung von Kulturarbeit und Kulturpolitik überein. Ein Ziel, das die IG Kultur in Anbetracht der immer stärker werdenden Durchsetzung und Ausbreitung des Neoliberalismus, der monopolisierenden Wirtschaftsmacht, der Verdrängung der Politik und der Entsolidarisierung in der Gesellschaft noch intensiver als bisher verfolgen will.

Die IG Kultur Österreich setzt sich für folgende Ziele ein:

### *Durchsetzung von antirassistischen politischen Forderungen*

Neben einer umfassenden Antidiskriminierung auf gesetzlicher Ebene fordert die IG Kultur Österreich:

- die Einrichtung einer WohnbürgerInnenschaft

- allgemeines freies und gleiches Wahlrecht für alle
- die Erweiterung des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgebots auf alle Menschen, die in Österreich leben

Im Bereich der Kulturpolitik fordert die IG Kultur:

- Zugang zu Förderungen, Stipendien und Preisen für alle in Österreich wohnhaften Menschen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit
- Paritätische Besetzung von Kulturbeiräten in der Höhe des Anteils von Migrantinnen und Migranten sowie der ethnischen Minoritäten an der Bevölkerung
- nicht nur eine gleichberechtigte Förderung, sondern auch eine kulturpolitische und förderpolitische Bevorzugung von kultureller Betätigung von Migrantinnen und Migranten sowie der ethnischen Minoritäten
- die Anerkennung und Förderung der kulturellen Beiträge von sozial benachteiligten Gruppen als Kulturarbeit und kritische Stellungnahme gegen die Einschränkung auf den Sozialbereich

#### *Instanz bei Diskriminierung und Rassismus im Kulturbereich*

Die IG Kultur Österreich versteht sich in diesem Sinne als eine Beratungs-, Interventions- und Anlaufstelle für Menschen und Gruppen, die im Kulturbereich mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert sind (z.B. bei der Vergabe von Stipendien, Preisen und Förderungen).

#### *Etablierung des Politischen Antirassismus als integraler Bestandteil der Kulturarbeit*

Im Zusammenhang mit der Zielsetzung zur Politisierung der Kulturarbeit werden Ansätze des politischen Antirassismus stärker an Kulturinitiativen vermittelt.

Dies soll eine Sensibilisierung für Rassismus und die Betroffenen bewirken, die Veränderungen auf der Ebene der Schwerpunktsetzung, der Programmerstellung, der Definition von Zielgruppen (Minoritäten werden oft nicht als Publikum wahrgenommen) sowie der Teilnahme von diskriminierten Personen bei der Mitgestaltung in den Kulturinitiativen herbeiführen soll.

#### *Beseitigung von Zugangsbarrieren*

Die Frage nach der Schaffung bzw. nach der Erweiterung des Zugangs von Migrantinnen und Migranten sowie von Angehörigen ethnischer Minoritäten - sowohl als Produzierende als auch als Publikum - innerhalb des Kulturbereichs kann nicht isoliert von anderen gesellschaftlichen Bereichen betrachtet werden.

In diesem Sinn positioniert die IG Kultur Österreich ihre Arbeit in starker Verbindung mit der von anderen Organisationen und Gruppen, die sich in ihren jeweiligen Aktionsfeldern für die Schaffung von gleichen Bedingungen für diskriminierte, marginalisierte und ausgegrenzte Gruppen und Personen einsetzen. Hier geht es vor allem um eine politische Arbeit, die Veränderungen auf der Ebene der gesellschaftlichen Strukturen verfolgt.

Zentrale Strategien bilden Formen der Sichtbarmachung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungleichheiten. Dazu sollen gezielt Allianzen mit Gruppen und Aktivitäten gebildet werden, die sich gegen hegemoniale Strukturen und Rassismus in der Gesellschaft richten.

Ressourcen und Organisationsstrukturen spielen bei der Realisierung dieser Strategien eine wichtige Rolle. Um hier mehr Gleichgewicht zu schaffen, ruft die IG Kultur Österreich alle Kulturinitiativen dazu auf, Personal, technisches Gerät, Räume und auch Finanzmittel vor allem Projekten zur Verfügung zu stellen, die sich den Zielsetzungen des Politischen Antirassismus widmen.

IG Kultur Österreich. "Kulturarbeit und Politischer Antirassismus. Antirassistisches Positionspapier der IG Kultur Österreich".

## **Widerstandskultur und Möglichkeiten der Partizipation im Kulturbereich**

### **Das Beispiel einer Migrantinnenorganisation in Linz**

Rubia Salgado

maiz existiert seit 1994<sup>1</sup>. Der Fortbestand von maiz war eine Tatsache, die viele als solche lange nicht wahrnehmen wollten. Unsere Existenz wurde relativiert, indem Prognosen hergezaubert wurden, die uns ein rapides aber doch flüchtiges Wachsen und eine noch wuchtigere Auflösung prophezeit hatten... Aber die Zeit ist vergangen und maiz lebt und feiert heuer das 10 jährige Jubiläum unter dem Motto 100 Jahre maiz, 100 Jahre Sünden:

*Ein unkontrolliertes Geschwür von distanzierten, differenten, sündigen, nicht-identischen Menschen, die sich als Migrantinnen bezeichneten: die bewusste Aneignung des Begriffes Migrantin als eine parallele und notwendige Strategie innerhalb des Prozesses der Selbstorganisation. 100 Jahre Sünden und die unausweichliche Einsamkeit. Die Einsamkeit der Nicht-Identischen. 100 Jahre nicht-identisch zu sein anstatt Identitätskonstruktionen zu pflegen. 100 Jahre nicht-identisch sein und Identitäten fressen, verdauern, versauern, vespucken. 100 Jahre in Sünden und lang ist die Zeit des Lachens, viele sind die Sünden.*

In diesem Text möchten wir über die Arbeit, die maiz im Kulturbereich realisiert, erzählen. Die Entscheidung für das Besetzen von Räumen in diesem Feld ist Teil einer Strategie, die im Rahmen einer Auseinandersetzung mit Formen der Artikulation und der Repräsentation von und als Migrantinnen im öffentlichen Raum entsteht.

#### *Einige notwendige Klärungen im Voraus*

maiz ist ein autonomes Zentrum von und für Migrantinnen in Linz/Oberösterreich. Bereits innerhalb dieses ersten einführenden Satzes sind mindestens zwei Begriffe, die auf Grund ihrer Komplexität notwendigerweise präzisiert werden sollen. Der erste Begriff bezieht sich auf das selbst zugeteilte Attribut "autonom". Trotz der Wichtigkeit dieser Behauptung als Zeichen einer Selbstdefinition wäre eine Behandlung dieser Thematik als Selbstverständlichkeit als naiv zu bezeichnen. Denn es ist uns einerseits bewusst, dass die Existenz von maiz in seiner derzeitigen Form von Subventionen und Projektförderungen abhängig ist. Andererseits beschäftigen wir uns kontinuierlich mit der Gefahr, durch die autonome Selbstorganisation die neoliberale Logik der Selbständigkeit und die Rückkehr des Staates in Bezug auf soziale Verantwortung zu unterstützen.

Der zweite Begriff, der ebenfalls etwas näher angeschaut werden soll, ist die Selbstdefinition als Migrantin. In diesem Text wird die Bezeichnung MigrantInnen in Anlehnung an eine Definition von FeMigra<sup>2</sup> benutzt: als ein Gegenentwurf, als die Bezeichnung eines oppositionellen Standorts, der sich als eine Bestimmung der eigenen politischen

Identität konstituiert. Es handelt sich also um eine strategisch konstruierte Identität, die im Einklang mit Gayatri Spivaks Definition von "strategischem Essentialismus"<sup>3</sup> nicht isoliert von ihrer strategischen Bedeutung angewendet werden soll. Die Forderung nach Selbstvertretung, die politisch organisierte MigrantInnen formulieren, steht also nicht im Zusammenhang mit einer Position, die die Vertretung von migrantischen Anliegen durch Mehrheitsangehörige unbedingt ausschließen würde<sup>4</sup>. Vielmehr entsteht diese Forderung aus der Erfahrung, nicht als Subjekt wahrgenommen zu werden. Das heißt, die Konstruktion einer MigrantInnen-Identität sehen wir als *eine* Strategie im Kampf um die Realisierung gleichberechtigter Partizipation im europäischen Territorium und als die Veränderung, den Abbau von Strukturen des Ausschlusses. Die Zusammenarbeit und die Bildung von Allianzen mit Mehrheitsangehörigen sollen als weitere Strategien im Rahmen dieses politischen Agierens gesehen, reflektiert, analysiert, evaluiert, adaptiert werden.

Es ist auch notwendig über die anderen AkteurInnen im Rahmen von Kooperationen zu reden: die Mehrheitsangehörigen. Diese Bezeichnung lehnt sich ebenfalls an eine von FeMigra angewendete Definition an: „Wir beziehen uns hier auf den Hilfsbegriff, den Gotlinde Magiriba Lwanga (1993) vorgeschlagen hat, um Aufzählungen wie ‚weiß, deutsch, christlich säkularisiert usw. zu vermeiden, die wieder nur ein Nebeneinander suggerieren, und die Betonung mehr auf die soziale Position (der Mehrheit oder der Minderheit angehörig) zu legen.“<sup>5</sup>

#### *maiz: Arbeitsbereiche*

Im Bewusstsein der Legitimität unserer Rolle als *Protagonistinnen* versuchen wir durch die Arbeit in verschiedenen Bereichen, Antworten auf die Problematik der Frauenarbeitsmigration zu geben. Dabei erforschen und verändern wir Theorie und Praxis und entwickeln vielfältige neue Formen, Methoden und Strategien. Wir sind in den Arbeitsbereichen Bildung, Rechts- und Sozialberatung, Familienberatung, Streetwork, Vernetzung und Forschung tätig.

#### *Protagonismus, Widerstandskultur, Kooperationen: die Arbeit im Kulturbereich*

Die Erfahrungen von maiz zeigen, dass es möglich ist, trotz der evidenten Hindernisse Selbstorganisation und Protagonismus von Migrantinnen anzuregen und voranzutreiben. Die Anerkennung von Widerstandsstrategien der Migrantinnen ist diesbezüglich entscheidend. Im Laufe der Jahre der Aktivitäten von maiz erwies sich, dass Frauen wider allen politischen, ökonomischen und kulturellen Gegendruck Formen des Widerstands gegen die Gewöhnung, Hierarchisierung oder Ausschließung der Migrantinnen finden. Diese Politik der Wiederaneignung eines verleugneten und zugleich gewollten Körpers der Migrantin (sei es durch Sexarbeit oder nicht) führt zu einer politischen

Identität als Ausgangsbasis einer politischen Artikulation, um bestimmte gesellschaftliche Widersprüche deutlich zu machen: die Bestimmung der eigenen politischen Identität als *Migrantin* als Gegenentwurf, als Bezeichnung eines oppositionellen Standorts.

Unsere Experimente verfolgen antirassistische und antisexistische Ziele. Um unsere Strategien in der Öffentlichkeit und in der Kulturarbeit zu verstehen, ist es wichtig, zu wissen, dass wir uns nicht nur als Kulturverein verstehen. Wir sind als Migrantinnen-selbstorganisation in verschiedenen Arbeitsbereichen aktiv... *Die Vielfältigkeit unserer Arbeit, die unterschiedlichen Ausgangslagen der verschiedenen Zielgruppen unter den Migrantinnen sowie die Verbindung zwischen allen Arbeitsbereichen bilden die Basis unserer Kulturarbeit.* Durch Kulturarbeit ist es uns möglich, politische Forderungen zu verarbeiten und zu vermitteln, um politische und auch kulturpolitische sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern: rechtliche Gleichstellung, Selbstvertretung statt Stellvertretung, Rechte auch für Sexarbeiterinnen. Selbstverständlich steht unsere politische Bildungsarbeit in engem Zusammenhang mit unseren Tätigkeiten im Kulturbereich, denn im Rahmen dieser Arbeit entwickeln wir die Konzepte und Prozesse, die wiederum als Kulturarbeit realisiert werden. Kunst hat für uns eine gesellschaftskritische Funktion, indem wir Analysen von Ethnisierung und Rassismen zum Gegenstand der künstlerischen Auseinandersetzung machen. Die antirassistische und antisexistische Wirkung dieser Strategien besteht darin, die Perspektive der Migrantinnen transparent zu machen und zu verbreiten.

Für den Ansatzpunkt des Protagonismus der Migrantinnen ist die Perspektive der Widerstandskultur entscheidend. Das durch den Widerstand der Migrantinnen sichtbar werdende umfasst sowohl die Arglist des ausgrenzenden Systems wie auch die Notwendigkeit einer weltweiten Ethik, die das Recht auf Migration betont und die Alteritätsbeziehung mit der/dem Anderen; daneben sollen alternative Methoden des Widerstandes der Migrantinnen erprobt werden, wo Autonomie, Kreativität, Kunst, politische Mitwirkung auf der kulturellen Ebene sich im Aufbau eines neuen Sichtbar-Machens der Würde und des Protagonismus der Migrantinnen summieren.

Im Rahmen der Arbeit in diesem Bereich entstehen oft Kooperationen mit KünstlerInnen. Dies bildet für uns als politisch organisierte Migrantinnen Teil eines strategischen Vorgehens. In diesem Zusammenhang sind Überlegungen hinsichtlich egalitärer Formen der Zusammenarbeit konstituierende Teile des Prozesses. Im Bewusstsein, dass alle gesellschaftlichen Beziehungen von Ungleichheiten bestimmt sind, und dass das Streben nach Symmetrie als ein politischer Prozess nicht an Bedeutung verliert, beschäftigen wir uns, trotz des Wissens über ihre Unmöglichkeit, u.a. mit Fragen nach den Konfliktlinien, welche die Zusammenarbeit strukturieren (wie z.B. die Achsen

minoritär/majoritär; eurozentristisches Wissen/"peripheres" Wissen; Kunstfeld/politisches Feld), nach Strategien, Vereinbarungen und Strukturen, um gegen Rassismus und Sexismus innerhalb der Kooperation vorgehen zu können. Diese Reflexion, dies beabsichtigen wir wenigstens, soll alle Phasen und Ebenen des Projektes durchdringen. Wir bemühen uns daher um die Beobachtung und um die Analyse der Relation zwischen der (projektinternen) Reflexion über egalitäre Formen der Zusammenarbeit und dem Ziel, durch künstlerische Arbeit gegenhegemoniale Diskurse und Formen der Repräsentation migrantischer Anliegen herzustellen, um mittels Indikatoren Informationen gewinnen zu können, die uns über die Kohärenz („das Zusammenhängen“) des Projektes „informieren“. Diese Prozedur basiert auf der Annahme, dass die Reflexion über egalitäre Formen der Zusammenarbeit und das oben erwähnte Ziel zusammenhängende Elemente eines Prozesses wären und, dass Brüche in diesem „Zusammenhang“ Inkohärenz und möglicherweise Widersprüche bedeuten würden.

Weiters versuchen wir unsere Arbeit im Kulturbereich partizipatorisch zu gestalten und sie im Spannungsfeld zwischen Realität und Fiktion zu situieren. Dieser Versuch basiert einerseits auf einem Verständnis von Fiktion als eine Entfaltung der Realität, als das was hätte sein können; andererseits sind wir der Überzeugung, dass aus der Arbeit in diesem Spannungsfeld mehr als die Möglichkeiten der Feststellung, der Beschreibung und der Anklage entstehen kann: im Rahmen von Kooperationen im Kulturbereich haben die mitwirkenden Migrantinnen die Möglichkeit des Entwerfens von Perspektiven und von „veränderten“ Realitäten.

*All das versuchen wir. Die Hürden sind enorm, es gelingt uns nicht immer, oder nicht immer wie wir uns es wünschen würden, aber wir versuchen es weiter...*

<sup>1</sup> www.maiz.at

<sup>2</sup> FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt): Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation. In: Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.), Berlin 1994.

<sup>3</sup> zum Begriff strategischer Essentialismus siehe: Spivak, Gayatri Chakravorty (1996 [1985]): Subaltern studies. Deconstructing historiography. In: Landry, Donna; MacLean, Gerald (ed.): The Spivak reader. London: Routledge, pp. 203-236. Und <http://www.postfeminismus.de/zitate.html>

<sup>4</sup> Vgl. Mayerhofer, Elisabeth / Mokre, Monika. Was ist ein/e MigrantIn, oder: Lässt sich aus dem Feminismus noch etwas lernen? In: Kulturrisse 02/04, S. 32-33.

<sup>5</sup> FeMigra: Wir, die Seiltänzerinnen. S. 63.

## Campaigning against racism

Araba Evelyn Johnston-Arthur und Andreas Görg

Bevor wir uns auf die Ebene der Analyse der konkreten Kampagnen gegen Rassismus begeben, soll in aller gebotenen Kürze die Ausgangslage für ein solches Unterfangen im österreichischen Kontext Betrachtung finden: Der jeweilige sozial-historische Kontext der verschiedenen Staaten ist Grundlage für die Entwicklung von charakteristischen Rassismen und ihren Erscheinungsformen (vgl. Balibar 1992, 11). "Whites only" bedeutet in den österreichischen Kontext übersetzt: "nur für Inländer", und findet sich in inserierten Stellen- und Wohnungsausschreibungen wieder. Mit dem Hinweis "nur für ..." sind die Inserierenden überzeugt, politisch Schwarze Menschen d.h. rassistisch Diskriminierte sicher von sich abgeschottet zu wissen, da die sozialpsychologische Bedeutung von "InländerIn" einen politisch weißen d.h. einen ganz im Sinne der Freiheitlichen "echten Österreicher" impliziert. Schwarze ÖsterreicherInnen "disqualifizieren" sich allein durch ihre Hautfarbe, Religion, (vermeintliche) Herkunft - sie sind keine ÖsterreicherInnen sondern lediglich AusländerInnen mit österreichischem Pass; also ein Widerspruch in sich! Die sozial-psychologische Wahrnehmung und Stigmatisierung verschmilzt in der Konstruktion des "Fremden" mit der des "Ausländers", die sich als absolute Realität über den juristischen Status "Staatsbürger" hinwegsetzt, ihn schlichtweg aberkennt. Rassismus verläuft nicht entlang der Staatsbürgerschaftsgrenze, sondern inferiorisiert und diskriminiert Menschen, deren Hautfarbe nicht weiß ist, deren (vermeintliche) Herkunft nicht westlich europäisch ist und deren Religion nicht christlich ist aufgrund ebendieser unveräußerlichen Merkmale.

Die rassistische Realität setzt sich über den juristischen Status von politisch Schwarzen ÖsterreicherInnen hinweg und spiegelt sich mitunter auch in der Thematisierung von Rassismus im Rahmen der Begriffe "Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit" wider. In diesem Diskurs bzw. dieser Diskussion werden rassistische Realitäten und Diskriminierungsmuster nicht nur verschleiert, sondern mehr noch unbewusst sprachlich zementiert. Im Begriff der Fremdenfeindlichkeit wird die rassistische sozial-psychologische Konstruktion des Fremden unhinterfragt übernommen und weiter transportiert. Er geht von einer natürlichen, dem Menschen innewohnenden Angst vor dem Unbekannten aus. Doch die Fremden sind weder fremd noch fußt die Angst vor ihnen im Unbekannten. Man/frau weiß, wer sie sind und glaubt auch über sie zu wissen. Dieses Wissen dient dem kulturell überlieferten Entfremdungsmechanismus als Motor, nährt damit einen systematische Stigmatisierungsprozess. Das Ergebnis der so erzeugten, mitunter auch sozialpsychologisch verankerten, bekannten Bilder wird als natürliche Gegebenheit d.h. als eine nebulöse Angst vor dem unbekanntem Fremden präsentiert und somit aus dem politischen Zusammenhang von

Rassismus ausgeklammert. Eine tiefgreifende Analyse der Genesis von rassistischer Unterdrückung und Ausschließung von bestimmten Menschengruppen kann in diesem fast biologischen Zugang keinen Platz finden. In Österreich wurden die Weichen für Diskurs und Diskussion über Rassismus im Mainstream erst in den auslaufenden 90er Jahren gestellt. Noch Anfang dieses Jahrzehnts wurde der Rassismusbegriff im Mainstream kaum verwendet. Doch die zunehmende Gängigkeit des Begriffs und die Ablöse der Begriffe "Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit" allein sind noch keine Garantie für die Rezeption der dahinterstehenden konzeptionellen Unterschiede.

Eine weitere Komponente der Ausgangslage ist die Diskrepanz zwischen der politischen Selbstdarstellung Österreichs einerseits und der demographischen Realität andererseits. Obwohl laut einer Studie des IHS (1997, 4) "der Prozentatz der im Ausland geborenen Einwanderungsbevölkerung in vielen europäischen Staaten - wie Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Belgien, Schweden, Schweiz oder Österreich - jenen der klassischen, erklärten Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten überschritten" hat, will sich Österreich genausowenig wie Deutschland (vgl. Leggewie 1993, 3) als Einwanderungsland verstanden wissen. Die Folge dieser Vogelstraußpolitik ist die soziale und politische Verleugnung der Existenz von MigrantInnenminderheiten, mit all den damit verbundenen destruktiven Konsequenzen, die sich in der Migrations- und Integrationspolitik mitunter auch durch das Nicht-Vorhandensein von umfassenden gesetzlichen Bestimmungen (etwa rund um einen rechtlichen ImmigrantInnenstatus) verankert sieht. "Außerhalb der Kategorie Asylwerber, Flüchtling, "Gast"-Arbeiter, Student oder Tourist gibt es für den Aufenthalt eines Ausländers in Österreich keine rechtliche Basis." (Viehböck/Bratic 1994, 25).

Rassismus funktioniert vielschichtig auf mehreren Ebenen, die untrennbar miteinander verbunden sind und einander beeinflussen. Sie lassen sich in folgende Bereiche einteilen (vgl. Dominelli u.a. 1995, 3f): in soziokulturellen, individuellen und institutionellen Rassismus. Will man/frau Rassismus wirksam bekämpfen, muss diese Multidimensionalität miteinbezogen werden. Eine eindimensionale Herangehensweise verbleibt hier an der Oberfläche. Dies wird folgendermaßen deutlich: werden seitens einer Institution Missstände eingestanden - hier bieten sich Stellungnahmen aus dem Innenministerium in seiner Verantwortlichkeit bezüglich der Exekutive in der Causa Omofuma als anschauliches Beispiel an - werden sie einzelnen "weißen" Schafen zugeschrieben, ohne aber dabei das ganze System zu untersuchen. D.h. konkret, dass in diesen Erklärungsmustern primär nur die Ebene des individuellen Rassismus zum Tragen kommt, während die Ebene des sozio-kulturellen und institutionellen Rassismus - wohl um tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen auszuweichen - ignoriert wird. Die Ausgangslage für campaigning against racism in Österreich kann

dahingehend zusammengefasst werden, dass der Bewusstseinsprozess der bloßen Realisierung von Rassismus im allgemeinen und von seinen institutionalisierten Formen im speziellen in Österreich erst am Anfang steht.

### *Antirassistisches Campaigning in Österreich*

Analog zu der für Deutschland von Hess/Linder (1997) getroffenen Differenzierung zwischen den verschiedenen Richtungen des Antirassismus gehen wir für die Situation in Österreich davon aus, dass es 4 voneinander unterscheidbare Hauptrichtungen innerhalb einer im Aufbruchstadium befindlichen antirassistischen Bewegung gibt. Diese werden getragen von Selbstorganisationen der rassistisch Diskriminierten, linken Gruppen, bürgerlich-liberalen Gruppen und feministischen Gruppen. In diesen 4 Bereichen spielt das Thema Antirassismus in unterschiedlicher Form eine zentrale Rolle. Aus den jeweiligen Szenen heraus dringen eventuell antirassistische Diskurse in einen Interdiskurs ein. Die Richtungen des Antirassismus sind u.a. an ihren politischen Ausdrucks- und Kommunikationsformen zu unterscheiden. Der Begriff "campaigning" wird vielfach eher breit im Sinne einer fokussierten Anstrengung gefasst (vgl. z.B. die Publikation des European Network Against Racism (1999) zum Thema "Campaigning against racism ...", die sich nur auf den Prozess der juristischen Umsetzung von Antidiskriminierungsparagraphen in EU-Verträgen beschränkt). In diesem Artikel wollen wir den Begriff "campaigning" eher begrenzt auf den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verwenden. Den Prozess des Herantragens von Diskursen an neue soziale Zusammenhänge, deren Eindringen, deren Übernahme und Weiterverbreitung in diesen Zusammenhängen und darüberhinaus, sowie die Herstellung von neuen sozialen Zusammenhängen durch neue diskursive Verknüpfungen bezeichnen wir mit dem Begriff der Diskursproliferation. Die kollektive Anstrengung zur Proliferation eines bestimmten Diskurses im Rahmen eines bestimmten Zeithorizonts mit Fokussierung auf ein politisches Anliegen bezeichnen wir als political campaigning.

Im Gegensatz zur Politikform des Lobbying, die unmittelbar auf die gezielte Beeinflussung von EntscheidungsträgerInnen im Hinblick auf konkret anstehende Gremial- oder Einzelentscheidungen gerichtet ist, wendet sich political campaigning an eine größere Öffentlichkeit oder an bestimmte Zielgruppen, um solchermaßen indirekten Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen und zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse auszuüben. Die versuchte Zusammenführung und Fokussierung der kommunikativen Akteure mehrerer politischer AkteurInnen soll einerseits ein Heraustreten der jeweiligen Kampagnen aus dem diffusen Hintergrundrauschen der Vielzahl der auf dem diskursiven Feld geführten zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen bewirken und damit bzw. darüberhinaus die Durchsetzung eigener Interessen und/oder die Behinderung der Durchsetzung fremder Interessen befördern. Für unseren Zusammenhang ist festzuhalten, dass

die Chancen der Diskursproliferation ungleich verteilt und gesellschaftlich umkämpft sind. Die Campaigningfähigkeit einer gesellschaftlichen Gruppe ist verknüpft mit Fragen des Zugangs zu Ressourcen der Diskursproliferation (insbesondere zu Medien und zu symbolischem Kapital), bzw. ihrer Fähigkeit, fehlende Ressourcen durch andere zu kompensieren und andere Wege der Diskursproliferation zu entwickeln. Prinzipiell gilt: Je schwächer eine gesellschaftliche Gruppe oder Bewegung, desto abhängiger ist ihre Campaigningfähigkeit von äußeren Konjunkturen und nicht selbstgesetzten diskursiven Ereignissen, an die das eigene Campaigning anknüpfen kann. Auf die erwähnten 4 Hauptrichtungen des Antirassismus bezogen, aus denen potentiell kollektive fokussierte Diskursproliferationen hervorgehen, bedeutet das: Selbstorganisationen befinden sich in einer marginalisierten Position und sind damit noch stärker als linke und feministische Gruppen eingeschränkt, was den Zugang zu Mainstreammedien bzw. im Mainstream valentem symbolischem Kapital betrifft. Die Zugänge zu jenen strategischen Orten, von denen ausgehend bestimmte Diskurse in Richtung einer größeren Öffentlichkeit effektiv und effizient verbreitet werden können, sind diesen 3 Strömungen/Gruppen zumeist verwehrt. Einzig die bürgerlich-liberale Richtung des Antirassismus unterliegt nicht von vornherein den Hürden des Heraustretens aus den subkulturellen Zusammenhängen.

Unsere Auseinandersetzung mit campaigning gegen Rassismen gliedert sich in 2 Hauptabschnitte. Hauptsächlich aus Gründen des Platzes werden die Campaigningformen der linken und feministischen antirassistischen Gruppen in diesem Artikel allenfalls gestreift. Demgegenüber konzentrieren wir uns hier auf die Gegenüberstellung des Campaigning, das von der mainstreamnäheren bürgerlich-liberalen Strömung ausgeht im Gegensatz zu jenem, das die Black communities in Wien (als Beispiel aus dem Bereich der Selbstorganisationen) aus der marginalisierten Position heraus betreiben. Dabei sollen verschiedene Kampagnen diskutiert werden, die 1999 insbesondere im Frühjahr und im Herbst während und nach dem Nationalratswahlkampf stattgefunden haben.

### *Moralischer Antirassismus*

Im Mainstream sind jene antirassistischen Artikulationen dominant, die von der bürgerlich-liberalen Strömung produziert und in den Interdiskurs eingeschleust werden. Innerhalb dieser Strömung ist wiederum jene Richtung dominant, die mit der Form der moralischen Appelle an die herrschende Ideologie der Humanität operiert. Im Gegensatz zu diesem "moralischen Antirassismus" steht ein politischer Antirassismus, der an ein anderes Versatzstück der herrschenden Ideologie, nämlich die Demokratie, appelliert. Ein Beispiel für die Strömung des moralischen Antirassismus bietet

die gegen die Plakate der FPÖ im Nationalratswahlkampf 1999 gerichtete "Es reicht!"-Kampagne des evangelischen Flüchtlingsdienstes, wo es hieß: "ES REICHT! Im Wahlkampf wird neuerlich versucht, in Österreich gegen Ausländerinnen und Ausländer Stimmung zu machen. Die Plakatkampagne der FPÖ suggeriert, dass unseren Kindern durch Überfremdung und Asylmissbrauch Gefahr droht. Wir protestieren dagegen, dass alle Ausländerinnen und Ausländer pauschal diskriminiert und kriminalisiert werden. Niemand verlangt Straffreiheit für Drogenhändler. Niemand verlangt schrankenlose Zuwanderung. Aber wir wehren uns dagegen, dass Ausländerhass salonfähig wird. Wir wissen uns darin eines Sinnes mit jenen vielen Österreicherinnen und Österreichern, die über die schleichende Vergiftung des Klimas in unserem Land besorgt und empört sind. ES REICHT! Ich unterstütze diesen Protest: (...)" (Kursive Hervorhebung von uns).

Im Vergleich mit anderen Initiativen hat diese Kampagne gemessen an den in den Wochen vor der Nationalratswahl gesammelten fast 10.000 Unterschriften in der österreichischen Bevölkerung den größten Anklang gefunden. Mit einem Spendenaufruf verbunden, wurden die Unterstützungsunterschriften zum Teil in großen Inseraten in Tageszeitungen veröffentlicht. Die Formulierung von derartigen Aufrufertexten ist nicht selten auch innerhalb der durchführenden Organisation umstritten. Meist resultiert ein solcher Text aus einem mehrtägigen Aushandlungsprozess, der von dem Bemühen der InitiatorInnen um größtmögliche Breitenwirkung getragen ist. Bemerkenswert an diesem Aufrufertext ist das Lavieren zwischen den Widersprüchen. Einerseits wird gegen die Kriminalisierung protestiert. Andererseits kommt es zur Distanzierung von einer imaginierten Forderung nach "Straffreiheit für Drogenhändler"; wobei alle AdressatInnen genau wissen, wer mit "Drogenhändler" gemeint ist. Hier wird ein Slogan der freiheitlichen Partei aufgegriffen, die im Wahlkampf "Keine Gnade für Drogenhändler!" plakatiert hat. (Auch die ÖVP hat das Sujet 'Drogen' für ihre Wahlwerbeplakate genutzt). Der Angriff auf diesen Slogan konterkariert sich jedoch insofern, als die selbstverständliche Verknüpfung von Drogengeschäft und schwarzer Hautfarbe implizit mitvollzogen wird. Im selben Atemzug mit der Kritik an der Kriminalisierung wird die Kriminalität eines offenbar nicht unbedeutenden Teils derjenigen, die eigentlich nicht kriminalisiert werden sollen, angenommen. Der Aufrufertext bleibt damit dem Kriminalisierungsdiskurs verhaftet. Der Satz "Niemand verlangt Straffreiheit für Drogenhändler" ist jedoch nicht einfach als Verhaftetheit der AutorInnen in Mainstreamdiskursen abzutun. Vielmehr ist dieser Satz für eine moralisch-antirassistische Position essentiell, denn durch ihn wird zwischen den guten braven "AusländerInnen" und den bösen Kriminellen die Grenze gezogen. Die moralische Herangehensweise steht und fällt mit dem Gegensatz von gut und böse. Dementsprechend müssen die rassistisch Diskriminierten als die armen und reinen Opfer inszeniert werden. Damit steht moralischer

Antirassismus in politischen Auseinandersetzungen auf schwachen Beinen, sobald die Reinheit bzw. die Unschuld des Opfers angezweifelt oder angegriffen wird. So lag der Erfolg der Operation Spring im Frühjahr 1999 zu einem großen Teil darin, dass bedeutende Teile der bürgerlich-liberalen antirassistischen Strömung sich von den als DrogendealerInnen diffamierten AktivistInnen der black community distanzieren. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Formulierung im vorhergehenden Satz, die wahrscheinlich nicht bewusst gewählt wurde, sondern schlicht einen sprachlichen Lapsus darstellt: Der Protest richtet sich wörtlich nicht gegen Diskriminierung und Kriminalisierung an sich, sondern nur gegen die pauschale Diskriminierung und Kriminalisierung, so als ob Diskriminierung und Kriminalisierung in Einzelfällen unproblematisch wären. Diese Formulierung ist sicherlich ungewollt, jedoch symptomatisch. Sie entspricht dem Hauptanliegen des Textes, das sich nur gegen die Salonfähigkeit des Rassismus und die schleichende Vergiftung des Klimas wendet, die allein der FPÖ zugeschrieben werden. Moralischer Antirassismus bescheidet sich damit, Rassismus als böse zu denunzieren. Moralischer Antirassismus wird nur abwehrend gegen die "Auswüchse" aktiv. Er geht nicht über den Status Quo hinaus. Sein implizites Interesse ist dessen Erhaltung. Die tiefe Verwurzelung von Rassismus in der herrschenden Gesellschaftsordnung wird dabei entweder ignoriert oder geleugnet. Einem Streben nach tiefgreifenden Veränderungen wird stellvertretend durch den Satz "Niemand verlangt schrankenlose Zuwanderung" entgegengetreten. Damit wird die Abgrenzung von den "Radikalen", von der linken antirassistischen Strömung vollzogen, die offene Grenzen bzw. "Bleiberecht für alle" fordert. Indem die linke Strömung als "Niemand" überhaupt negiert und damit als ignorierbare Größe in den politischen Auseinandersetzungen dargestellt wird, gewinnt die Abgrenzung an Schärfe. Im Zusammenhang mit einem Streben nach Veränderung ist auch der Satz "Niemand verlangt Straffreiheit für Drogenhändler" zu sehen: Er verwirft implizit auch die Forderung nach einer anderen Drogenpolitik und nach einem anderen (möglichst entkriminalisierenden) Umgang der Gesellschaft mit Drogen. Der moralische Antirassismus bildet eine Position innerhalb der Auseinandersetzungen im Mainstream bzw. zwischen Gruppen, die das hegemoniale Arrangement nicht unwesentlich mitbestimmen. Die Interessen der demgegenüber marginalisierten rassistisch Diskriminierten werden tendenziell nur berücksichtigt, sofern sie nicht mit den eigenen Privilegien in Widerspruch geraten. Dementsprechend ist im Kampagnentext auch kein Rede von irgendwelchen politischen Forderungen, welche die gesellschaftliche Stellung der rassistisch Diskriminierten eventuell verbessern könnten. Auf den Umstand, dass die rassistisch Diskriminierten in die Position kommen, für sich selbst zu sprechen, wird kein besonderes Augenmerk gerichtet; eher im Gegenteil zeichnen sich manche Kampagnen durch die Selbstdarstellung der prominenten UnterzeichnerInnen aus (vgl. auch

Baringhorst 1998). Es resultiert eine paternalistische Entmündigung, die den rassistisch Diskriminierten die eigene politische Handlungsfähigkeit abspricht. Tendenziell kommen rassistisch Diskriminierte in den Artikulationen des moralischen Antirassismus nur in der Rolle von Opfern bzw. Betroffenen vor.

*Demokratischer Antirassismus*

Diverse andere Kampagnen aus dem bürgerlich-liberalen Spektrum bewegen sich zwischen moralischen und politischen antirassistischen Positionen. Als Reaktion auf das Nationalratswahlergebnis wurde von der "demokratischen Offensive" am 12. November 1999 eine Großdemonstration organisiert. Im Gegensatz zur Kampagne des Evangelischen Flüchtlingsdienstes wird im Aufruf unter dem Titel "Keine Koalition mit dem Rassismus!" nicht nur die FPÖ angesprochen: "Das politische Establishment darf nicht nur ängstlich um den eigenen Machterhalt besorgt bleiben – zu lange schon ging man opportunistisch auf Haider's Forderungen ein."

Das politische Establishment wird nicht ganz aus der Verantwortung entlassen. Allerdings wird diesem Establishment auch die Verantwortung nicht direkt zugeschrieben. Vielmehr besagt die Formulierung, über die im Kreis der InitiatorInnen mehr als eine Woche lang diskutiert wurde, dass es wiederum "Haider's Forderungen" waren, auf die "man" (unbestimmt) "opportunistisch einging". Diese Formulierung vermeidet nicht nur die explizite Nennung der Regierungsparteien. Indem die Regierung seinen Forderungen gegenüber opportunistisch sein kann, wird Haider auch eine überlegene Machtposition zugeschrieben. Durch diese implizite Verkehrung der Realität wird die Regierung noch zusätzlich zum dargestellten Motiv des eigenen Machterhalts von der Verantwortung entlastet. Diese Formulierung entspricht dem gängigen Diskurs, wonach die Regierungsparteien in Sachen Rassismus gleichsam Getriebene sind. An deren rassistischen Artikulationen und an den entsprechenden Struktursetzungen ist im Grunde genommen die FPÖ schuld. Der Machterhalt wird mit dem Eingehen auf Haider's Forderungen verbunden. In dieser Logik stünde im Gegensatz zur ängstlichen Machterhaltung eine mutige/riskante Politik, die den eigenen Machterhalt aufs Spiel setzt.

Rassismus wird zum wahlentscheidenden Faktor stilisiert. Die Regierung gibt daher dem allein bei der FPÖ lokalisierten Rassismus nach, um Schlimmeres – nämlich deren projizierte Machtübernahme – zu verhindern. Solchermaßen resultiert geradezu ein Rassismus mit besten Absichten, der sich unangreifbar macht. Dominant bleiben die beiden Gleichsetzungen des moralischen Antirassismus: "Rassismus ist böse!" und "Rassismus ist Haider!" Im Wahlkampf wurde von den selben Organisationen, die nach der Wahl die "demokratische Offensive" maßgeblich initiierten, im Rahmen von Plakataktionen eine dritte Gleichsetzung kommuniziert: Schlögl ist Haider. Der Innenminister wird mit dem F-Parteiohmann gezeigt und gleichgesetzt oder in eine Reihe gestellt. vgl. dazu die beiden

Plakataktionen von SOS-Mitmensch im Wahlkampf 1.) mit den Köpfen von Haider, Schlögl, Prinzhorn und Lugner sowie dem Slogan "Würden Sie diesen Herren ein Flüchtlingskind anvertrauen?" und 2.) (ohne Bild) mit dem Slogan "Haider hetzt, Schlögl folgt, Klima schweigt, Schlüssel zagt. Und Sie? Für ein zivilisiertes Österreich!" Diese dritte Gleichsetzung eröffnet die Möglichkeit einer graduellen Verschiebung der Mainstreamdiskurse über Rassismus. Durch die Einbeziehung des Innenministers in die Konnotationskette rücken die rassistischen Verhältnisse und Politiken der Regierungsparteien bzw. der herrschenden Mitte der effektiven Thematisierbarkeit in einer breiteren Öffentlichkeit einen Schritt näher. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass sich die zentrale Konnotationskette nach wie vor auf der Ebene der Personalisierung und Moralisierung bewegt. Einen bemerkenswerten Zwischenschritt versucht in diesem Zusammenhang die Plakatbeilage der Zeitschrift der Grünen Bildungswerkstatt Planet Nr. 13/99: Das Plakat zeigt ein Photo von Haider und Schlögl bei einem Bierfest, mit dem Aufruf "Organisieren wir Runde Tische im ganzen Land". Unter dem Motto: "Streiten für die Zukunft der Demokratie!" sowie dem Hand-Logo der demokratischen Offensive wird direkt unter dem Photo, das die obere Hälfte des Plakats füllt, eine Reihe von Fragen gestellt:

"Wem nützt diese Politik?  
Wem zu nützen gibt sie vor?  
Wozu fordert sie auf?  
Welche Praxis entspricht ihr?  
Welche Politik hat sie zur Folge?"

Wenn wir die Botschaft(en) des Plakats näher betrachten, wird zunächst deutlich, dass das Photo gegenüber dem Text eindeutig die dominante Stellung einnimmt. Die Gleichsetzung von Haider und Schlögl ist die zentrale Aussage des Plakats. Allerdings erscheinen Haider und Schlögl auf dem Photo nicht als Symbole des Bösen. Es wird nicht nur ihr Gesicht ohne weiteren Bezug zu irgendeiner Tätigkeit gezeigt und damit auf ein einfaches Signal reduziert. Vielmehr zeigt das Photo eine real-life-Situation. Haider und Schlögl stehend in Trachtenanzug mit blauer Schürze darüber; in ihren Händen halten sie hölzerne Hämmer, die offenbar zum Anstechen eines Bierfasses dienen. An ihrem Gesichtsausdruck ist ablesbar, dass die Beiden ihren Spass haben. Dass auf dem Photo auch andere Personen zu sehen sind, verstärkt noch die "Menschlichkeit" des Photos. Durch den Bruch mit der Symbolik des Bösen kann die Lächerlichkeit der Szenerie in den Vordergrund treten. Diese Verschiebung weg vom Moralischen eröffnet auch die Verbindung zum Text unterhalb des Photos, wo es um Demokratie und Politik geht. Es wird an den Wert der Demokratie als Versatzstück der herrschenden Ideologie appelliert. Die Symbolisierung dieses Werts in bildlicher Form kommt jedoch nicht vor, was auf einen generellen Mangel bezüglich eines verbreiteten Symbols für Demokratie hindeutet.

tet (etwa in Form einer Pallas Athene vor dem Parlament). Die Konnotations-kette in Richtung Demokratie ist aufgrund der Dominanz des Photos nicht so deutlich ausgeprägt. Oder anders gesagt: Die Textbotschaft kann mit der Intensität des Photos nicht konkurrieren. Sie wird von der bildlichen Darstellung in den Hintergrund gedrängt, in der per se keine gängige, unmittelbar aus der diskursiven Erfahrung einleuchtende Symbolisierung der Textinhalte vorkommt. Dementsprechend erfordert es gleichsam ein zweites Hinschauen, um sich mit dem Text zusätzlich auseinanderzusetzen und ihn mit dem Photo zusammenzudenken. Das Plakat bezieht sich nur an einer Stelle direkt auf Rassismus: Das Handlogo der demokratischen Offensive ist samt dem Slogan "Keine Koalition mit dem Rassismus" rechts unter dem Photo klein aber gut sichtbar plazierte. Das Plakat rückt den Gedanken der Demokratie in den Vordergrund, ohne in diesem Zusammenhang auf die Warnung vor dem Rassismus zu verzichten. Entsprechend dieser Ausrichtung kommen auch auf diesem Plakat der grünen Bildungswerkstatt, das in die Reihe der bürgerlich-liberalen antirassistischen Strömung gestellt werden kann, die spezifischeren Interessen der rassistisch Diskriminierten nach gesellschaftlicher Gleichstellung nicht vor. Das community campaigning der Selbstorganisationen funktioniert demgegenüber signifikant anders.

#### *Antirassismus oder einfach eine elementare Frage des Überlebens in Würde?*

"Wurden sie schon mal mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert, wenn ja, wie reagieren sie darauf?" Diese Frage wird mir als Schwarzer Frau von weißen ÖsterreicherInnen oft gestellt; sie erstaunt mich trotzdem immer wieder, denn sie ist für mich gleichbedeutend mit der Frage: Wurden sie schon mit Sauerstoff konfrontiert, und wenn ja, wie reagieren sie darauf? Sich als Schwarzer Mensch in einer rassistischen Umwelt zu behaupten, heißt nichts weiter, als sich sein/ihr Leben zu erkämpfen - zu atmen. Durch die unmittelbare Konfrontation mit Rassismus, der die eigene Existenz bedroht, inferiosiert bzw. ihre Berechtigung in Frage stellt, kommt es zu einer wie auch immer gearteten aufgezwungenen Auseinandersetzung, in der jeder einzelne Schwarze Mensch gezwungen ist, seine eigenen individuellen Überlebensstrategien bzw. Antworten zu finden. Es sind vielschichtige Prozesse, die hier auf dem Weg der Selbstbehauptung ablaufen. Diese können von Internalisierung von Rassismus über Assimilation bis zu politischer Selbstorganisation, Entwicklung von Überlebenskulturen und sozialpolitischen Identitäten reichen. Rassismus stellt sehr oft nicht nur einen direkten, sondern mehrnoch einen subtilen allgegenwärtigen Stressfaktor insbesondere für Schwarze Menschen afrikanischer Herkunft dar (Ayim 1997, 111). Rassistische Übergriffe seitens der Exekutive sind bisweilen hierzulande schon an die Öffentlichkeit gedrungen und lassen sich nicht mehr vollends vertuschen. Doch sie stehen im Kontext einer eigenen Geschichte und Entwicklung und einer langen Reihe von komplexeren, nicht so plakativen rassistischen Diskriminierungsmechanis-

men. Diese Realitäten sind bislang nicht in eine breite Öffentlichkeit vorgedrungen, eignen sich die vielschichtigen Prozesse, die ihnen zugrunde liegen, doch nicht für eine sensations- und quotenhungrige Medienlandschaft. Aus dem Blickfeld der Mehrheitsbevölkerung gedrängt, werden diese Realitäten auf diesem Weg ghettoisiert. Im Gegensatz dazu wird Rassismus mit all seinen Facetten als allgegenwärtige Realität in den alltäglichen Schwarzen Überlebenskampf integriert. Kampf impliziert Widerstand. Widerstand gegen Rassismus zu leisten bedeutet, hier in Würde zu über/leben. Gleichzeitig setzt dieser Kampf Bewusstsein voraus. Ein Bewusstsein, das über die Ausgangslage der Schwarzen Realität und Erfahrung hinausgeht - dennoch aus ihr wächst - und Rassismus mitsamt seinen Unterdrückungsmechanismen als solchen erkennt und danach strebt, diesem auf den Grund zu gehen, um ihn zu bekämpfen. Demnach wird diese Schwarze Perspektive nicht von allen Schwarzen Menschen eingenommen, sondern umschließt in seiner Definition folgende Position: (...) those who acknowledge the presence of racism and consider it a political issue which must be tackled for the liberation of black people (...). (Dominelli u.a.1995, 4)

#### *Selfempowerment durch Community Campaigning*

"It is a long hard slog, mostly unrewarding, campaigning against injustices associated with the State, particularly where the police is concerned. Many people especially the Black community, do not enter these struggles lightly. It is not with enthusiasm that we are drawn to such encounters, but with grim determination. What sense does it make to disrupt your life by campaigning unless some sense of comfort in that life has been interrupted by a serious injustice, whether against you, someone close to you, someone like you or simply someone you identify with?"... Roach Family Support Committee 1989, 10)

In dieser Stelle aus dem vor mehr als 10 Jahren in London veröffentlichten Bericht des Roach Family Support Committee wird das essentielle Moment des community campaigning so treffend festgehalten, dass sie auch zu einer anderen Zeit, an einem anderen Ort zutrifft. Für die Black community in Wien war der 19. März 1999 ein Tag des Aufbruchs: Unter dem Slogan: "Stoppt den rassistischen Polizeiterrror" fand an diesem Tag eine Demonstration statt, die in diesem Kontext den Grundstein für community campaigning legte. Es war dies das erste Mal in der österreichischen Geschichte, dass Schwarze kollektiv politisch auftraten und die Stimmen zum Protest gegen die Missachtung ihrer Rechte in diesem Land erhoben. In noch nie dagewesenem Ausmaß wurden an diesem Tag Schwarze Menschen auf breiter Ebene mobilisiert, auf die Straße zu gehen. In dem vom African Community Network verfassten Demobericht heißt es dazu: "Die Demonstration hat uns gezeigt, was für ein Potenzial wir als Community haben, was wir auf die Beine stellen können, wenn wir zusammenarbeiten und wie essentiell unsere eigene Mobilisierung für den Kampf für unsere Rechte in diesem Land auch in Zukunft sein wird. Die sollte erst der BEGINN unseres gemeinsamen Campaignings als community

sein ...". Weiters wurde hier auch folgendes festgehalten: "... eindrucksvoll war auch, wie die Afrikanischen Organisationen ihre Mitglieder für die Demo motivieren konnten (...) die große Beteiligung der communities zeigt, dass die ernste Lage von vielen empfunden wird ..." (Agbogbe 1999) Der Demonstration war eine Vernetzung der zahlreichen nationalen und panafrikanischen Vereine in Form des Netzwerks der Afrikanischen Communities vorangegangen, die eine sehr breite und intensive Informations- und Mobilisierungskampagne in der community ermöglichte. Insgesamt 17 Afrikanische Vereine schlossen sich damals zu einem Bündnis zusammen, um gemeinsam Forderungen zu formulieren, die Mobilisierungsarbeit und den Demonstrationsablauf als community gemeinsam zu koordinieren.

Dieser politische Zusammenschluss basierte auf der Erkenntnis über gemeinsame Erfahrungen mit rassistischer Unterdrückung jenseits der nationalen, kulturellen und 'ethnischen' Vielfalt, des sozialen Status, des Geschlechts, des Alters und der Religionzugehörigkeit sowie der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen diese Unterdrückung. Auf diesem Weg wurde die Basis für die Entwicklung von gemeinsamen, politischen Überlebensstrategien als community gelegt.

Selfempowerment passiert hier sowohl auf individueller bzw. community-Ebene als auch auf politischer Ebene durch die so geschaffene Möglichkeit der Formulierung von politischen Forderungen und durch den Prozess des gemeinsamen campaigning. Die gezielte Bewusstseinsarbeit nimmt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein, müssen doch Menschen in der community davon überzeugt werden, dass dieser Protest trotz der damit verbundenen zusätzlichen Risiken und Diskriminierungen eine wirksame und wichtige Überlebensstrategie ist. So war diese gemeinsame Arbeit auch im Mobilisierungsprozess für den 19. März ausschlaggebend. Mitunter anhand von Flugblättern wurde nicht nur über Forderungen informiert, sondern durch das vor Augen führen von einer Reihe von rassistischen Misshandlungen von Schwarzen Menschen durch die österreichische Exekutive bewusstgemacht, dass es bisher gleichzeitig für diese Menschenrechtsverletzungen "keine Bestrafung gab". Ziel war es, den Menschen in der community nicht nur bewusst zu machen, dass sie ein Recht haben, mit Respekt behandelt zu werden, sondern sie mehrnoch davon zu überzeugen, dass sie selbst für dieses Recht kämpfen müssen, um hier in Würde leben zu können.

Eine weitere wichtige Komponente des community campaignings ist auch die Bewusstseinsarbeit in der Mehrheitsbevölkerung, d.h. das im politischen Sinne 'Sichtbarmachen' der Realität der rassistischen Diskriminierung für eine breitere Öffentlichkeit und damit gegen die Ghettoisierung bzw. Verdrängung dieser Missachtungen anzukämpfen. In der englischen Übersetzung des Flugblattes des Netzwerkes der Afrikanischen Communities für den 19. März 1999 hieß es abschließend: "WHO IS GOING TO BE NEXT?"

Am 1. Mai 1999 starb der 25jährige Nigerianer

Marcus Omofuma in Gewahrsam dreier Polizisten, die ihn bei seiner Abschiebung begleiteten. Sein Tod wurde offiziell auf bulgarischen Hoheitsgebiet festgestellt, wobei der Obuktionsbericht ergab, dass Marcus Omofuma qualvoll erstickt war. Die Polizisten hatten dem jungen Mann an seinen Sessel geknebelt und seinen Mund und Teile seiner Nase zugeklebt, um die übrigen Fluggäste vor Lärmbelästigung und Gewaltbereitschaft in Form von 'Beißen' zu schützen. In weiterer Folge hatte man Marcus Omofumas Todeskampf als aggressives Verhalten interpretiert und nicht darauf reagiert. Der Tod Marcus Omofumas, die Umstände, unter denen er starb, die Reaktionen, die auf seinen Tod folgten bzw. nicht folgten - die gesamte Causa steht nicht allein im Vakuum der Einzelverantwortlichkeit, sondern führt die Realität von Rassismus in Österreich in seiner gesamten Multi-Dimensionalität drastisch vor Augen. Sein Tod steht im Kontext einer langen Reihe von unaufgeklärt gebliebenen Vorfällen, in denen Schwarze Menschen in Polizeigewahrsam verletzt wurden oder gestorben sind. Im Bewusstsein um die politische Verantwortung des Innenministeriums organisierte das Netzwerk der Afrikanischen Communities am 5. Mai nur wenige Tage nach Bekanntwerdung seines Todes eine Mahnwache vor dem Innenministerium. Diese wurde auch von anderen MigrantInnenorganisation, österreichischen NGOs aber auch von Einzelpersonen unterstützt. Mit Blumen und Kerzen wurde getrauert und wurden gleichzeitig die politischen Verantwortlichen angeklagt. Es wurde Gerechtigkeit für Marcus Omofuma und damit für alle rassistisch Diskriminierten eingefordert. Im Laufe der am 8. Mai organisierten Demonstration der Plattform Für eine Welt ohne Rassismus, an der auch das NAC (Network der African Communities) maßgeblich beteiligt war, wurde bekannt, dass das Innenministerium auf die Tötung Omofumas lediglich mit der Versetzung der drei Polizisten zu reagieren gedachte. Kritische Stimmen häuften sich und der Innenminister gab bekannt, dass nochmals entschieden würde. Vor dem Büro der für diesen Entschluss verantwortlichen Disziplinarkommission hielt das NAC draußen eine Protestaktion ab. Der zugeklebte Mund wurde zum realen Symbol, das auch untermauerte, was auf den Transparenten vor dem Innenministerium wie auch vor dem Büro der Disziplinarkommission zu lesen war: unter dem Bild von Marcus Omofuma stand: "Rassismus tötet." Aus der Verknüpfung jedes einzelnen Übergriffes mit der Reaktionslosigkeit des Staates, also aus dem zweifachen Unrecht resultiert die konkrete Anklage, die durch diese Verbindung den institutionellen Rassismus unterstreicht. Die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission, die mit der genauen Untersuchung von Polizeiübergriffen betraut werden sollte, zeigt, dass es auch in diesem Kontext des Community campaigning nicht allein die unmittelbare Polizeigewalt ist, welche Anlaß zum Ergreifen der politischen Initiative ist. Vielmehr entfacht sich der Protest an immer wieder erlebten Folgelosigkeiten der Übergriffe, am

Aussetzen der staatlichen Ausgleichs- und Friedenssicherungsmechanismen. Der Protest richtet sich direkt gegen bestimmte VerantwortungsträgerInnen in Regierung und Verwaltung. Die Forderungen nach Untersuchungskommission und Antidiskriminierungsgesetzen sind Forderungen nach einer institutionellen Absicherung, nach Einbau von antirassistischen Gegengewichten in das staatliche Gefüge. Die unmittelbare, konkrete Bedrohung des eigenen Lebens durch Rassismus im Schwarzen Kontext des Antirassismus bzw. des political campaigning against racism unterstreicht ihre Essentialität und damit die Dimension, die ihr zugrundeliegt, nämlich die Dimension des political campaigning for life. Die Kommission entschied sich an diesem Tag für die Suspendierung der drei Polizisten. Das Parlament entschied in einer Sondersitzung unter Anwesenheit des NAC und zahlreicher anderen AktivistInnen auf den Gallerien, die sich zum Zeichen ihres Protestes den Mund verklebten. Ein weisungsgebundener Menschenrechtsbeirat wurde eingerichtet, der eine afrikanische NGO zu seinen Ersatzmitgliedern zählt. Der Prozess läuft, aber das Medieninteresse ist mittlerweile verschwunden. Im folgenden Abschnitt werden die konkreten Reaktionen auf das community campaigning in diesem Zusammenhang mitsamt seinen Hintergründen genauer erläutert.

*Die Instrumentalisierung von (neo)rassistischen Realitäten als Reaktion auf community campaigning*

Gerade im Zusammenhang des community campaigning, d.h. der politischen Selbstorganisation von Menschen die unmittelbar rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind und sich gegen "statemalpractice" bzw. institutionalisierten Rassismus wenden, werden in den staatlichen bzw. politischen Reaktionen auf diese Proteste institutionalisierte Diskriminierungsmuster nicht nur deutlich, sondern noch zusätzlich auf dem Weg der Diskreditierung des Protests zementiert. In Bezug auf Schwarze Menschen afrikanischer Herkunft dient die Drogenproblematik als Deckmantel, hinter dem sich die Ethnisierung der Drogenkriminalität bzw. die rassistische Verschmelzung des Bildes eines Drogendealers mit dem eines Schwarzen Mannes verbirgt. So erstrahlen die systematische Kriminalisierung und die schwerwiegende Missachtung der Menschenrechte bzw. des Gleichheitsgrundsatzes in Bezug auf Schwarze ÖsterreicherInnen im Glanze des Feldzuges gegen die "organisierte Kriminalität". Die Ende 1998 in den Medien stolz präsentierte Sonderkommission "Jambo", deren Aufgabe nach eigenen Angaben die Kontrolle von "Schwarzafrikanern" zwecks Bekämpfung der Drogenkriminalität ist, macht diese Verschmelzung und den unreflektiert-unbekümmerten Umgang der Verantwortlichen mit Rassismus deutlich.

Der Schwarze Drogendealer ist hier das perfekte Feindbild dieser Zeit. Es bietet einfache Antworten auf komplexe soziale Fragen. In ihm ist nicht nur die Bedrohung der 'weißen' Jugend und die von Recht und Ordnung verankert; dieses Feindbild übernimmt darüber hinaus die Funktion eines

Sündenbocks für die gesamte gesellschaftliche Problematik der Drogenabhängigkeit und hier ganz besonders für jene der Jugend. Auf diesem Weg bewahrt es vor unliebsamen tiefgreifenden Auseinandersetzungen mit sozialpolitischen Fragen. Die österreichische explizite neorassistische Übersetzung des sogenannten klassischen, kolonial geprägten Rassismus hat sich erst im Laufe der letzten Jahre abgezeichnet und scheint bislang in der Nationalratswahlkampagne 1999 ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Sie markiert eine Entwicklung in der Schwarzen österreichischen Geschichte, die von einer Instrumentalisierung von Feindbildern in Bezug auf Menschen afrikanischer Herkunft geprägt ist. Diese Feindbilder verschaffen sich bis heute als soziale Konstruktionen der Realität mit der Inbesitznahme der 'österreichischen' Sprache Eingang in unser Alltagsbewusstsein. So sind z.B. die Angst vor dem schwarzen Mann und der schwarzen Köchin Grundlage für Fangspiele im Kindergarten und werden damit Teil der Sozialisation. Sie überliefern eine uralte Weltordnung, die das Universum in Gut/weiß und Böse/schwarz einteilt und in Form einer Fülle von Redewendungen als Assoziationen verankert werden. Bemerkenswert ist, dass auf diese polarisierten Schwarz/Weiß-Werte und Moralvorstellungen bereits im Mittelalter zurückgegriffen werden konnte, noch bevor es zu nennenswerten Kontakten mit Menschen afrikanischer Herkunft kam (Martin 1993, 16).

Im Laufe der Entwicklung veränderten sich auch die Feindbilder. So wurde das Bild des schwarzen Teufels im Zeitalter der Aufklärung entmystifiziert, um der pseudowissenschaftlichen Konstruktion der Minderwertigen, Primitiven und Häßlichen, dem "Neger" als Gegenstück zu Entwicklung, Ästhetik und missing link zwischen Tier und Mensch Platz zu machen. Dieses vorhandene Bild wurde später vom Nationalsozialismus herangezogen, um durch die Gleichsetzung des "Negers" mit Juden, Roma und Sinti ihrer Minderwertigkeit und Abweichung vom Bild des Herrenmenschen drastischen Ausdruck zu verleihen (Opitz 1992, 54). Es waren auch primär diese sogenannten "klassischen" Rassismen, die noch in den 80er Jahren vorherrschten. Mittlerweile hat der Schwarze Mann den "Aufstieg" vom primitiven "Buschneger" zum modernen Drogendealer geschafft. Auf der Basis der Instrumentalisierung dieser neorassistischen Bilder und Realitäten funktioniert die Diskreditierung des Schwarzen Protests, braucht sie sich doch nur der in der Mehrheitsgesellschaft allgegenwärtigen Konstruktion des Drogendealers zu bedienen, um das political campaigning der Schwarzen community glaubhaft zu kriminalisieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Kriminalisierung des community campaigning im Rahmen der bisher größten Polizeiaktion der zweiten Republik, der sogenannten 'Operation Spring' zu sehen, bei der es kaum 4 Wochen nach dem Tod von Marcus Omofuma und nur wenige Tage vor den EU-Wahlen zum ersten Einsatz des umstrittenen 'Großen Lauschangriffs' kam. Der nigerianische Dichter und Schriftsteller Charles Ofoedu, der vorallem im Rahmen der Protestaktionen der Schwarzen community rund um den

Tod von Marcus Omofuma an vorderster Front stand, wurde im Zuge dieser 'Operation' in den frühen Morgenstunden des 27. Mai 1999 verhaftet. Sowohl Reporter von Österreichs meistgelesener Tageszeitung 'Die Kronen Zeitung' als auch ein Kamerateam des ORF waren zur Stelle, um die Verhaftung (die zur Hauptnachrichtenzeit ausgestrahlt wurde) zu filmen, bzw. um die LeserInnenschaft mit Photos zu versorgen. Medial wurde der Schwarze Kampf gegen Rassismus als wichtiger Bestandteil der ebenso schwarzen Drogenkriminalität dargestellt. Im Zuge der Operation Spring I wurden insgesamt über hundert AfrikanerInnen verhaftet und in einem gemeinsamen Akt unter Anklage gestellt (wodurch es für die AnwältInnen zu Komplikationen und Verzögerungen bei der Akteneinsicht kam). Charles Ofoedu wurde der Öffentlichkeit als Boss eines international operierenden nigerianischen Drogenrings präsentiert. In einer Pressekonferenz verkündeten Innenminister Schlögl und der damalige Sicherheitsdirektor Sika, dass selbst andere europäische Länder von diesem mittels Lauschangriff so erfolgreichen Schlag gegen die organisierte Kriminalität profitieren würden. Zusätzlich wurden weitere Repressionen gegen Schwarze bekannt, die politisch aktiv waren, wie etwa der Entzug von Taxikonsessionen und verstärkte Polizeikontrollen im öffentlichen Raum. Charles Ofoedu wurde nach drei Monaten Untersuchungshaft auf Antrag der Staatsanwaltschaft entlassen und auf freien Fuß gesetzt. Seine Entlassung und die Einstellung des Verfahrens bezüglich des Vorwurfs der Beteiligung an einer kriminellen Organisation wurde zwar medial rezipiert. Die Operation Spring I stand jedoch nach wie vor für wirksame Bekämpfung der Drogenkriminalität, was die ebenso medial gut aufbereitete Operation Spring II nur einige Tage vor den Nationalratswahlen 1999 zeigte, die sich gegen junge Schwarze Männer afrikanischer Herkunft in einem Jugendheim im 10. Wiener Gemeindebezirk richtete. Im Gegensatz zu Operation Spring I konnte die zweite Operation der den Innenminister stellenden SPÖ zu keinem Wahlsieg mehr verhelfen. Trotzdem gilt Innenminister Schlögl bei der Mehrheitsbevölkerung als einer der beliebtesten Innenminister der zweiten Republik. Im Jänner 2000 fand die Operation Spring mit einer Großrazzia im Flüchtlingslager Traiskirchen ihren dritten Höhepunkt.

#### *Intellektueller Rassismus*

Es sind aber nicht nur die exekutiven Maßnahmen, die das political campaigning der communities erschweren bzw. behindern. Aus dem strukturellen Machtgefälle zwischen den rassistisch Diskriminierten und nicht Diskriminierten und im Speziellen zwischen Selbstorganisationen und jenen etablierten NGOs, die über staatliche Förderungen oder aufgrund ihrer Medienpräsenz über sonstige Finanzierungsquellen verfügen, resultiert oft eine Praxis, die als "intellektueller Rassismus" (Grace M. Latigo) bezeichnet werden kann. Intellektueller Rassismus ist grundlegend geprägt von der Ansicht, dass Rassismus ein Phänomen ist, das sich auf ModernisierungsverliererInnen und den Gemeinde-

bau beschränken läßt. Rassismus wird von den Bessergestellten den schlechtergestellten Schichten der Gesellschaft zugewiesen. Rassismus repräsentiert hier v.a. Primitivität und Unreflektiertheit. Die resultierende Bestärkung der eigenen Überlegenheit und Reinheit verträgt sich gut mit der Position des moralischen Antirassismus.

Der intellektuelle Rassismus konstruiert sein böses Außen in Form von geistig eher minderbemittelten Menschen, die mit rassistischen Beschimpfungen ihre Umwelt belasten und tendenziell auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Etwaige eigene Rassismen und deren Verankerung in den verschiedensten gesellschaftlichen Strukturen werden nicht nur nicht thematisiert. Sie existieren in der Logik des intellektuellen Rassismus gar nicht. Diese Spielart des Rassismus kommt in den spezifischen Ausschließungen und paternalistischen Diskriminierungen von Schwarzen Menschen/rassistisch Diskriminierten im Arbeitsfeld Antirassismus häufig zum Tragen. Indem die Rassismen von sich gewiesen werden und keinerlei Selbstreflexion stattfindet, lassen sich die in der Zusammenarbeit auftauchenden Rassismen auch nicht aufarbeiten, was immer wieder zu Spaltungen in den Arbeitsverhältnissen führt.

Ein wesentlicher Teil der Probleme der Zusammenarbeit zwischen rassistisch Diskriminierten und nicht Diskriminierten läßt sich in folgendem Satz fassen. Effektives antirassistisches Handeln kann rassistisch sein! Warum ist das so: Einerseits, weil Rassismus ein multidimensionales Phänomen ist und daher Handlungen in der einen Dimension in einer anderen Dimension andere Wirkungen entfalten können. Und andererseits, weil beim Kampf gegen fremde Rassismen oft die eigenen Rassismen übersehen werden. Dies zeigt zum Einen die Entwicklung der österreichischen NGO-Szene insbesondere im Beratungsbereich. Bewusstsein über Multi-Dimensionalität von Rassismus bedeutet, das Zusammenwirken von strukturellen, individuellen und kulturellen Faktoren zu erkennen.

Dementsprechend sind bei den antirassistischen Bemühungen immer alle Dimensionen mitzubedenken, um nicht kontraproduktiv zu arbeiten. Wer fremde Rassismen bekämpft, ist nicht davor gefeit, die eigenen Rassismen zu übersehen. Für die Arbeit der zahlreichen in fast ausschließlich weißen österreichischen Kontexten arbeitenden NGOs im Kampf gegen Rassismus ist die diskursive Aufarbeitung der speziell österreichischen Rassismen im Sinne einer tiefgreifenden Selbstreflexion und Auseinandersetzung mit den eigenen Rassismen Basis für konstruktive antirassistische Arbeit. Auf diesem Weg können so manche patronalisierende Stellvertreterpositionen und -diskurse bzw. Victimisierungen als solche erkannt und entlarvt werden. Dem steht jedoch die moralische Perzeption von Rassismus entgegen. Die Kultur des Gut-Seins verhindert das Erkennen der eigenen Rassismen. Diese bilden eine schwere moralische Last. Ein entsprechender Vorwurf ist dementspre-

chend eine Furchtbarkeit, die oft nur schwer zu akzeptieren ist. Des eigenen Rassismus kann sich mensch bei Ertappung nur schämen, jedoch nicht ohne in einen verzweifelten Rechtfertigungsreflex auszubrechen. Solchermaßen wird Rassismus verdrängt, statt aufgearbeitet. Um Rassismus ernstnehmen zu können, um ihn nicht von uns weisen zu müssen, muss ein nicht moralisch belasteter Umgang mit Rassismus entwickelt werden. Rassismus muss in diesem Sinne rehabilitiert werden (Bukasa), um ihn auch mit Witz und Charme und in aller Freundschaft anstatt nur mit Verbissenheit und Feindschaft bekämpfen oder gar nur aus der Distanz mit dem Finger zeigen zu können.

Antirassismus ist nicht: etwas für andere tun. Schwarze Menschen haben viel beizutragen. Eine antirassistische Arbeitspraxis verlangt ein egalitäres professionelles Arbeitverhältnis. Nicht umsonst war die Einführung von equality targets bei NGOs, die für sich in Anspruch nehmen, Antirassismusarbeit zu leisten, eine der zentralen Forderungen von Selbstorganisationen bei ihrem Eintritt in das hauptsächlich von Beratungsstellen und Flüchtlingsbetreuungseinrichtungen gegründete Austrian Network Against Racism (ANAR). Auch auf den Entscheidungsebenen sollen die rassistisch Diskriminierten vertreten sein, um die gewachsenen Strukturen der "Stellvertreterpolitik" aufzubrechen.

#### *Politische Conclusio*

Der vorliegende Artikel versteht sich nicht nur als Analyse sondern selbst auch als Teil des political campaigning against racism. Dementsprechend sollen in diesem letzten Abschnitt noch weiterführende Überlegungen zum Antirassismus zum Ausdruck gebracht werden.

Wichtige Ziele für die antirassistische Arbeit sind die Berücksichtigung der Schwarzen Perspektiven, das Erkennen ihrer Bedeutung, sowie die Integration von Antirassismus in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Bis dato führt Antirassismus ein marginalisiertes Dasein. Antirassismus wird insbesondere in Institutionen durchwegs nur in Randbereichen und aufgrund von Eigeninitiative praktiziert; z.B. im Schulbereich: Antirassistische Projekte von engagierten LehrerInnen stehen unbearbeiteten rassistischen Inhalten in den Schulbüchern gegenüber. Antirassismus soll nicht als eigener isolierter Bereich verstanden werden, sondern sich auch politisch u.a. im Sinne von konkreten Maßnahmen, Regelungen und Gesetzgebung begreifen und in den mainstream und auch in staatliche Institutionen eindringen d.h. integrieren. Dazu kommt die Notwendigkeit der verstärkten inhaltlichen Thematisierung von Rassismus. Das Wissen um die rassistischen Realitäten ist ghettoisiert und in den Mainstream noch nicht über die Einzel-Opferdarstellungen hinaus eingedrungen. Demgegenüber wäre es erforderlich, zur Auseinandersetzung mit rassistischen Realitäten anzuhalten bzw. eine solche Auseinandersetzung durch entsprechende Konfrontationen herbeizuführen. Die bis dato existierenden NGOs sind politisch noch zu schwach, um diese Ziele in ausrei-

chendem Umfang zur verwirklichen.

Dementsprechend muss Antirassismus in strategischer Hinsicht den Aufbau eines politischen Subjekts verfolgen, das die unmittelbaren Lebensinteressen der rassistisch Diskriminierten gegenüber der Mehrheitsbevölkerung vertritt und damit zum politischen Gegengewicht gegen die rassistischen Strömungen wird. Dieses politische Subjekt findet seinen Nukleus in den politischen Selbstorganisationen der rassistisch Diskriminierten. Solange mit Rassismus politisch nichts verloren werden kann, wird diese Karte immer wieder gespielt werden, selbst wenn sie schon so abgenützt ist, dass nichts mehr gewonnen werden kann (siehe Vergleich von Operation Spring I wenige Tage vor den EU-Wahlen im Juni und Operation Spring II wenige Tage vor den Nationalratswahlen). Der Aufbau dieses politischen Subjekts ist jedoch nicht allein Sache der rassistisch Diskriminierten. Vielmehr handelt es sich hier um ein demokratiepolitisches Anliegen. Zur Durchsetzung dieses Anliegens ist es notwendig, dass rassistisch Diskriminierte und nicht Diskriminierte zusammenarbeiten, weil sonst wiederum die nationalstaatliche Spaltungslogik greift. Rassismus ist zuallererst eine Angelegenheit jener, die von den rassistischen Strukturen tendenziell mit Vorteilen bedacht werden. Rassistische Privilegien sollen und müssen gegen Rassismus benutzt werden.

Darüberhinaus ist jedoch auch an einem neuen gesellschaftlichen Modell als ideologischer Gegenentwurf zur neoliberalen Nationaldemokratie zu arbeiten. Wenn wir erkennen, dass Rassismus unserem nationalstaatlich gegliederten kapitalistischen Weltsystem inhärent ist, dann brauchen wir eine Diskussion über die Ausgestaltung einer radikalen Demokratie, in der Rechte für alle Menschen gleichermaßen nicht nur formell verankert, sondern auch in den realen Machtverhältnissen entsprechend abgesichert sind. Die menschliche Qualität eines politischen Systems bemisst sich an den in der Systemarchitektur verankerten Balancen. Eine solche reale Gewaltenteilung dürfte sich nicht mit einer (in Österreich nur äußerst schwach ausgeprägten) Entgegensetzung der drei montesquieschen Staatsgewalten bescheiden. Vielmehr müßte eine moderne Demokratie allen Gruppen in der Gesellschaft einen Anteil an der Macht zuweisen und ihre eigenen Balancen auch dynamisch produzieren. Es muss zumindest gewährleistet sein, dass keine Gruppe (so wie heutzutage die Illegalisierten) aufgrund des Ausschlusses vom System dem Zwang vollkommen ausgeliefert ist – und zwar bis in den Tod; siehe Marcus Omofuma. Die Konzeption einer neuen Systemarchitektur müßte sich dementsprechend von der Konzeption des Nationalstaates lösen bzw. diesen aushöhlen und obsolet machen. Es müßte auf Migrationsfreiheit und umfassenden Menschenrechtsstandards aufbauen, die im Rahmen eines integralen Menschenrechtskonzepts (Bukasa) die Kataloge aus der Zeit des kalten Krieges hinter sich lassen und insbesondere auch auf die ökonomische Grundsicherung aller Menschen abzielen. Im Rahmen einer realen Gewaltenteilung müßte die Verletzung von integralen Menschenrechten auch

gravierende Nachteile für die VerletzerInnen nach sich ziehen, statt sich nur defensiv an der Wiederherstellung eines menschenrechtlichen Mindeststandards abzuarbeiten.

#### Literatur

- Baringhorst, Sigrid 1998: Politik als Kampagne. Opladen
- ENAR - European Network Against Racism 1999: Campaigning against racism and xenophobia from a legislative perspective at European level. Brüssel
- Hess, Andreas/Linder, Sabine 1997: Antirassistische Identitäten in Bewegung. Tübingen
- Agbogbe, Kokou Fernand 1999: Unveröffentlichter Bericht über die Demonstration gegen den rassistischen Polizeiterrror vom 19. März 1999 für das Netzwerk der Afrikanischen Communities. Wien
- Ayim, May 1997: Grenzenlos und unverschämt. Berlin
- Balibar, Etienne 1992: Es gibt keinen Staat in Europa. Rassismus und Politik im heutigen Europa. in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses "Migration und Rassismus in Europa". Berlin. 10-29
- Dominelli, Lena/ Lennie Jeffers/ Graham Jones/ Sakhile Sibanda/ Brian Williams (eds.) 1995: Antiracist Probation Practice. Hants
- Görg, Andreas 1999: Nix Auseinandersetzung. Nix Konfrontation. Bestenfalls Lichtermeer. in: asylkoordination aktuell 3/99. 44-47
- Leggewie, Claus 1993: Vom deutschen Reich zur Bundesrepublik und nicht zurück. Zur politischen Gestalt einer multikulturellen Gesellschaft. in Balke, Friedrich/ Rebekka Habermas/ Patrizia Nanz/Peter Sillen (Hg.): Schwierige Fremdheit. Über Integration und Ausgrenzung in Einwanderungsländern. 3-20. Frankfurt am Main
- Opitz, May 1992: AfrikanerInnen und Afro-Deutsche in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. in: Oguntoye, Katharina /May Opitz/Dagmar Schulz (Hg.): Farbe bekennen. Afro-Deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. 45-65. Frankfurt am Main
- Martin, Peter 1993: Schwarze Teufel, edle Mohren. Hamburg
- Roach Family Support Committee 1989: Policing in Hackney 1945-1984. London
- Viehböck, Eveline/Bratic, Ljubomir 1994: Die zweite Generation. Migrant\*innenjugendliche im deutschsprachigen Raum. Innsbruck
- Johnston-Arthur, Araba Evelyn und Andreas Görg: Campaigning against racism in Kurswechsel Heft 1/2000: "Antirassismus: Positionen und Widersprüche", Wien, 2000.

#### **Symbolische Vergangenheitspolitik als Strategie der politischen Ermächtigung: Die Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien**

Ari Joskowicz

Die Diskussion um die Erinnerung an den Nationalsozialismus ist eine um Schuld und um Moral. Die zentralen Fragen dieser Debatte, jene nach einem ethisch begründeten Erinnerungsgebot und der Repräsentierbarkeit und Vergleichbarkeit von Leiden, haben eines gemeinsam. Sie sind unpolitisch. Erst seit den Verhandlungen um Restitution und ZwangsarbeiterInnenentschädigung wird vermehrt über die realen Ausschlüsse gesprochen, die durch den öffentlichen Geschichtsdiskurs entstanden sind.

Besonders eine Konsequenz interessiert mich hier. Das Fehlen vieler Opfer im staatlich propagierten Geschichtsbild führt auch dazu, dass diesen Gruppen im politischen Feld die Anerkennung versagt wird. Entscheidend für mich ist deshalb die Frage, wie Gruppen, die als historische AkteurInnen für den Staat nicht existieren und in der Politik marginalisiert werden, die Geschichte und ihre Erinnerung als Strategien der Selbstermächtigung gegen diese Ausschlüsse einsetzen.

Als Beispiel werde ich die jüdische Gemeinde bzw. die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) als ihre staatlich-legitimierte Repräsentationskörperschaft im Jahr 1963 vorstellen. In diesem Jahr gedachte einerseits die Republik Österreich des 25. Jahrestags des Anschlusses und andererseits die Israelitische Kultusgemeinde des 20. Jahrestags des Aufstandes im Warschauer Ghetto. So stellt sich die Frage, wie die Israelitische Kultusgemeinde auf die staatlichen Zeremonien zum Jahrestag des „Anschlusses“ reagierte, von denen sie ausgeschlossen war und wie andererseits der Staat mit dem Gedenken an den Ghettoaufstand umging. Der Diskurs der Israelitischen Kultusgemeinde zum Nationalsozialismus soll hier als politische Intervention verstanden werden. Weniger die Beziehung von biographischer Erfahrung und öffentlichem Erinnerungsdiskurs ist für mich hier interessant, als die Frage, welche Strategien im öffentlichen Gedenken der Israelitische Kultusgemeinde an den Nationalsozialismus ausgemacht werden können. Strategie meint dabei nicht eine intentionale oder manipulatorische Fälschung der Geschichte. Im Unterschied zu den verschwörungstheoretischen Debatten um eine Holocaust-Industrie geht es hier um die Frage, wie sich Personen, die wegen ihrer Geschichte einer Marginalisierung im politischen Feld ausgesetzt sind, eine Identität und Geschichte aufbauen, die ihnen neue Handlungsspielräume und Freiheiten gibt.

Es geht mir um Strategien der Selbstermächtigung durch einen historischen Diskurs. Drei unterschiedliche Strategien im Zusammenhang mit dem

Gedenken an den Nationalsozialismus werde ich im weiteren beschreiben, die als Antwort der Israelitischen Kultusgemeinde auf die Ausschlüsse aus dem politischen Feld in Österreich verstanden werden können: demonstratives Schweigen, Kritik an der Kontinuität zum NS-Regime und die Konstruktion einer heroischen Geschichte.

*Der 25. Jahrestag des Anschlusses - Das Inszenieren der Differenz*

Laut Tätigkeitsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde wurde der 25. Jahrestag des „Anschlusses“ folgendermaßen begangen:

„Am 13. März 1963 versammelten sich die Angestellten und Bediensteten der *Kultusgemeinde* im Festsaal des Amtsgebäudes am Schottenring, um des Naziumbrochs vor 25 Jahren (13. März 1938) und der Opfer der Wiener Judenschaft in der Zeit der Verfolgung zu gedenken. Schweigend und in ernster Stimmung nahmen alle Platz. Es wurde kein Wort gesprochen, keine Rede gehalten. Eine Angestellte, die in den Jahren der Verfolgung unendliches Leid erdulden musste, entzündete eine Kerze, worauf der Kantor der *Kultusgemeinde* mit verhaltener Stimme das *El Mole Rachamim* sang. Diese Kundgebung wurde gerade durch ihre Schlichtheit und Einfachheit ein unvergessliches Ereignis“ (Die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 1964).

Während der Staat Österreich an diesem Tag in einer Zeremonie auf dem Wiener Heldenplatz dem Ende der Souveränität und Existenz seines Vorgängerstaates gedachte, richtete sich das Gedenken der Israelitischen Kultusgemeinde auf die Opfer einer engeren Identitätsgruppe - auf die „Wiener Judenschaft“.

Am 13. März 1963 wird - diesem Diskurs entsprechend - nicht des „Anschlusses“ erinnert, wie in den staatlichen Zeremonien, sondern des „Naziumbrochs“. Die obige Beschreibung im Tätigkeitsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde drückt primär eines aus: Hier wird geschwiegen. Den Reden des offiziellen Österreichs wird keine Rede entgegengehalten. Selbst rituelle Gesänge werden nur mit „verhaltener Stimme“ gesungen. Im Gegensatz zu den staatlichen Gedenkzeremonien fehlt eine nationale Erzählung hier völlig. Das einzige narrative Element dieser Zeremonie ist die Geschichte des „unendlichen Leids“ jener Angestellten, die eine Kerze entzündet. Doch dieses Leid wird bei der Veranstaltung nicht kontextualisiert, nachdem es weder in die Geschichte der Verfolgungen noch in die des Opfertums eingeschrieben wird. Auch hat diese Angestellte keine Stimme, um über ihre Vergangenheit zu sprechen - sie entzündet vielmehr stumm eine Kerze und gedenkt so der abwesenden, ermordeten JüdInnen.

Statt die Verfolgung und Ermordung der Wiener JüdInnen narrativ zu präsentieren und dem Leiden einen Sinn zu geben, werden die Unmöglichkeit jeglicher Erzählung, das Unfassbare und Unsagbare symbolisiert. Das Totengebet *El Mole Rachamim*,

das bei jedem Begräbnis vorgetragen wird, erlaubt es, den Toten zu gedenken, ohne dass sie in einen Zusammenhang des Märtyrertums gestellt werden. Die zwei religiösen Handlungen - das Anzünden einer Kerze und das Aufsagen eines Gebetes - setzen das Gedenken an die Shoah außerhalb einer jüdischen nationalen Erzählung. Doch nicht nur das: durch die Gleichzeitigkeit mit den großen staatlichen Gedenkzeremonien wird gerade der Rückzug in die religiöse Symbolik zur politischen Aussage. Sich der hohlen Form der politischen Pathosrede zu verweigern, erscheint in dieser Gleichzeitigkeit als kritische Intervention. Während die Israelitische Kultusgemeinde oft versucht, die Shoah in eine Geschichte des Helden- und Märtyrertums einzuordnen, sollte dies angesichts des Gedenktages zum „Anschluss“ nicht stattfinden. Den großen staatlichen Ritualen mit ihren nationalen Erzählungen wird eine nicht-öffentliche Zeremonie entgegengestellt, in der keine eigene nationale Erzählung hergestellt wird. Selbst das Wort „entgegengestellt“ scheint hier zu stark: Schließlich nehmen an dem Ritual nicht die Mitglieder der Wiener jüdischen Gemeinde teil - nur die Angestellten der Israelitischen Kultusgemeinde gedenken hier.

Der 13. März wurde von der staatlichen Macht und all ihren Institutionen besetzt. Das Datum des „Anschlusses“ wurde zum fixen Bestandteil der österreichischen Nationalgeschichte. Innerhalb dieser Nationalgeschichte wird den Juden im Normalfall kein Platz gewährt. In den Erzählungen der großen Staatsrituale scheinen JüdInnen nicht auf, und erst recht nicht, wenn es um die Geschichte des „Untergangs“ der Ersten Republik durch einen eskalierten „Bruderkampf“ zwischen Christlich-Sozialen und Sozialisten geht. So muss jeder Gedenktakt von Seiten der Israelitischen Kultusgemeinde an diesem Tag eine Auseinandersetzung mit den staatlichen Ritualen und Erzählungen sein.

Die von der Israelitischen Kultusgemeinde gewählte Gedenkform inszeniert die Exklusion aus einem in staatlichen Ritualen hergestellten Zentrum. Dem öffentlichen Zentrum steht eine sich als privat inszenierende Peripherie gegenüber. Den staatlichen Ansprachen, in denen eine sinnvolle Geschichte bis zur Gegenwart erzählt wird, wird bei der Israelitischen Kultusgemeinde ein religiös gefärbtes Totengedenken entgegengesetzt.

*Die geleugneten Kontinuitäten nachweisen*

Auch das offizielle Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Die Gemeinde findet eine Form des kritischen Kommentars zu den staatlichen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des „Anschlusses“. Die Märzangabe 1963 der Gemeinde bringt auf der Titelseite einen Bericht über einen antisemitischen Vorfall bei einem Karnevalsumzug am Faschingssonntag in Mallnitz:

„Vor zahlreichen ausländischen Wintersportlern, vor allem Deutschen und Holländern, zog ein ‚Judenschlitten‘ vorbei, auf dem zwei Juden in

abgerissenen Gewändern und mit typischen ‚Stürmer‘-Masken gezeigt wurden, die anscheinend irgendwelchen Ramsch verkaufen. An der Rückseite des Schlittens belehrt ein großes Plakat die befremdeten und entrüsteten Gäste des Kurortes ‚Wegen Armut von Eichmann verschont gebliebene Juden‘. Diese blasphemische Verunglimpfung des Andenkens an sechs Millionen hilflos erschlagener, erschossener und vergaster Juden, nur wenige Tage vor den offiziellen Gedenkfeiern zum 25. Jahrestag der Hitlerokkupation, bezeugt, dass der Antisemitismus in den Alpenländern nach wie vor lebendig ist und wieder frech sein Haupt erhebt.“ (Die Gemeinde, 29.3.1963,1)

Während der Staat sich durch die inszenierte Differenz zum Nationalsozialismus dar- und herstellt, zeigt die Gemeinde den aktuellen Antisemitismus auf und wendet sich so gegen den Anspruch der Diskontinuität. Diese Wiederkehr der Vergangenheit, deren Vergangen-Sein für den Staat und die Parteien konstitutiv ist, wird hier sogar noch von Außenstehenden betrachtet (Deutschen und HolländerInnen). Die Gemeinde fordert das ein, was vom Staat bereits als Fakt inszeniert wird. Ob die Subjektposition, die in den Texten der Gemeinde aufscheint, jenem Österreich zugehörig ist, das in den staatlichen Inszenierungen hergestellt wird, bleibt ambivalent. Den staatlichen Gedenkritualen wird immerhin die Bezeichnung „offizielle Gedenkfeiern“ entgegengehalten. In diesem Text wird so gegenüber der staatlich inszenierten Gemeinsamkeit eine Distanz vermittelt. In derselben Ausgabe der Gemeinde findet sich auch der Artikel „Nach 25 Jahren ... Eine zeitgenössische Grotteske“ (ebd., 7). Dieser Text versucht, seine Kritik an der Heuchelei der offiziellen Erinnerungsrituale satirisch zu transportieren, indem er eine fiktive Gedenkfeier zum 25. Jahrestag des „Anschlusses“ in einer österreichischen Kleinstadt beschreibt. Es gelingt dem Artikel allerdings nicht ganz, innerhalb des Genres zu bleiben – die Ironie verschwindet konstant hinter polemischer Kritik. Die Gedenkfeiern werden als oberflächliche Spektakel ehemaliger NationalsozialistInnen beschrieben. Jene, die in der ersten Reihe stehen, sind in der „Grotteske“ gerade jene, die am meisten vom Nationalsozialismus profitiert haben.

„Der Holzsgler Promesnig, der auch einige Monate in Mauthausen die Steine bearbeitete, weil er Fremdarbeitern zur Flucht verholfen hatte, steht bei dieser Feier ebenfalls abseits, obwohl gerade er in vorderster Linie stehen sollte“ (ebd.).

Wie in der Kultusgemeinde, steht auch in dieser nicht sonderlich verkehrten Welt das Opfer außerhalb der nationalen Gedenkkundgebung. Der Höhepunkt der Erzählung ist der (wiederum nicht komische) versuchte Selbstmord eines Juden, der die Gedenkfeiern und die Anwesenheit der Kameradschaftsbünde beobachtet und glaubt, wieder im Konzentrationslager zu sein. Er wird allerdings noch rechtzeitig von einem jungen Gendarmen gerettet, der „ihm den Glauben an die Menschlichkeit“ (ebd.) wiedergibt. Am Ende erscheinen in dieser Erzählung, trotz aller Kritik, der Staat und das Gesetz als Schutz vor einer anti-

semitischen Gesellschaft. Zwischen dieser Real-satire befinden sich drei Kästchen, in denen unter dem Titel „... und die Wirklichkeit“ über antisemitische Vorfälle oder Freisprüche von NS-VerbrecherInnen berichtet wird. Die gesamte Ausgabe der Gemeinde scheint nur auf ein Thema ausgerichtet zu sein – den staatlichen Gedenk-inszenierungen eine andere Realität entgegenzustellen und sichtbar zu machen, in welcher der Nationalsozialismus noch immer seine Spuren hinterlassen hat. Gegenüber den staatlichen Kundgebungen entsteht eine Ambivalenz, da man ihre Inszenierungen beim Wort nimmt und ihre Aussagen einfordert, ihnen allerdings gleichzeitig Verlogenheit vorwirft.

Die Texte der Gemeinde entlarven die staatlichen Rituale als Versuch, die eigentlichen Interessen der Politik zuzudecken (etwa das Stimmenpotential der Nationalsozialisten auszunutzen). Dem Staat wird vorgehalten, dass er Österreich als völlig neue Gesellschaft vorstellt, die ihre Kontinuitäten zum Nationalsozialismus leugnet und sich im gleichen Atemzug vom Antisemitismus freispricht. Die Argumentation der Kultusgemeinde ist eine der rationalen Moral. Die moralischen Bekenntnisse der PolitikerInnen in ihren Gedenkritualen sollen in einer rationalen Argumentation als Forderungen gegen den Staat selbst gerichtet werden. Gleichzeitig fehlt allerdings der Glaube an die Ernsthaftigkeit dieser Bekenntnisse. Das Bewusstsein, dass angesichts der zugrundeliegenden Interessen und des anhaltenden Antisemitismus der Spielraum für eine rationale Argumentation klein ist, lässt sich auch aus den Artikeln der Gemeinde herauslesen.

So scheint in den Texten der Gemeinde immer eine Ambivalenz durch. Die Verlogenheit des Diskurses, dessen Aussagen man einfordert, wird immer mitgedacht. Dem Zentrum wird vorgeworfen, aus rein strategischen Gründen die Geschichte in seinem Sinne zu verändern, und gleichzeitig nimmt man gerade diese Erzählungen und Argumente ernst und richtet sich auf derselben Ebene der Rationalität gegen dieses Zentrum. Zwar können JüdInnen etwa nur als politische Opfer in bestimmten legalen Diskursen auftauchen, aber wenigstens diese ungerichtete Konstruktion und die daran anschließenden Versprechen sollten eingelöst werden. Trotz des kleinen argumentativen Spielraums ist die Irritation, die diese Kritik in staatlichen Diskursen auslösen kann, erheblich. Gerade deshalb, scheint es, wird der Staat mit dieser Kritik nur in einem sehr beschränkten Maße konfrontiert. Wenn der Staat, als prominenteste Institution des hergestellten Zentrums, den Ritualen der Israelitischen Kultusgemeinde beiwohnt, dann verschwindet diese Kritik völlig. Sie ist nur in der internen Kommunikation der Israelitischen Kultusgemeinde, in ihrem offiziellen Organ, zu finden.

Der rationale Moraldiskurs, dessen sich die Israelitische Kultusgemeinde bedient, ist nur ein Aspekt ihrer Auseinandersetzung mit dem Zentrum. Der zweite Diskurs, der sich hier entfaltet und für den durch den ersten ein größerer Raum für politische Argumentation geschaffen wird, ist jener der heroischen Geschichte. Diese wird auch dann präsentiert, wenn der Staat wirklich mit einer Forderung der Anerkennung konfrontiert ist, etwa bei jenen Gedenkritualen der Israelitischen Kultusgemeinde, die auch von offiziellen StaatsvertreterInnen besucht werden. Paradigmatisch und zentral für diese Erzählungen und den Versuch, eine positive Identität aufzubauen, ist die Narration vom Warschauer Ghettoaufstand. Auf der Titelseite der Märzausgabe 1963 der Gemeinde findet sich neben der erwähnten Kritik auch ein Aufruf zu einer „Gedenkkundgebung zum 20. Jahrestag des Aufstandes des Warschauer Ghettos“ (ebd., 1). Die eigene Identitätsgruppe hat hier eine Geschichte, die im österreichischen Kontext nur von ihr beansprucht wird, mit der sie gleichzeitig eine Differenz zu anderen Gruppen ziehen und ihre Inklusion in eine größere Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus fordern kann. Die Gedenkkundgebung zum Ghettoaufstand wird in der Gemeinde folgendermaßen beschrieben:

„Am 17. April 1963, am Vorabend des 20. Jahrestages des Warschauer Ghettoaufstandes, findet im Großen Musikvereinsaal eine monumentale Gedenkkundgebung statt. Von der Regierung nehmen Vizekanzler Pittermann, Sozialminister Proksch und Staatssekretär Dr. Kranzlmayr teil, [...]“<sup>1</sup>. Mehr als zweitausend Personen waren im Saale anwesend. Auf dem Podium waren in schlichten Glasvitruinen Reliquien vom Warschauer Ghetto, Steine der letzten Synagoge und des Umschlagplatzes, von dem aus über 800.000 Juden den Weg in die Gaskammern von Treblinka antreten mussten, sowie ein Säckchen Erde dieses Vernichtungslagers zur Schau gestellt. Die Gedenkrede hielt der Präsident der *Kultusgemeinde*, Dr. Feldsberg. Nach ihm sprachen Vizekanzler Dr. Pittermann und Staatssekretär Dr. Kranzlmayer. Die Kundgebung war musikalisch ihrem Charakter entsprechend umrahmt. Axel Corti (Burgtheater) rezitierte das Gedicht Ernst Waldingers „Der Ghettokämpfer“. Die Eröffnungsansprache hielt Regierungsrat Wilhelm Krell“ (Die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 1964, 44f.). Der Gegensatz zum oben erwähnten Jahrestag des Anschlusses könnte nicht größer sein. Anstelle des stillen, privaten Gedenkens, das sich jeder Sinngebung der Verfolgung und Ermordung verweigert, inszeniert die Israelitische Kultusgemeinde eine „monumentale Gedenkkundgebung“ um gemeinsam an den Warschauer Ghettoaufstand zu erinnern. Besonders wichtig ist der Israelitischen Kultusgemeinde dabei die Präsenz von Größen aus Politik, Kirche und Kultur. Sie alle sollen durch ihre Anwesenheit die universelle Bedeutung der hier repräsentierten Geschichte bekunden. Dadurch allerdings, dass ihnen diese Funktion übertragen wird, werden sie als jene bestätigt, die über

Inklusion und Exklusion entscheiden können. Für die jüdische Gemeinde bedeutet der Ghettoaufstand natürlich mehr als nur eine Auseinandersetzung mit hegemonialen Zuschreibungen. Angesichts des sinnlosen Todes so vieler ist der Ghettoaufstand eine Erzählung, die als Basis für eine positive Identität nach dem Holocaust dient. Dennoch braucht es in den 50er und 60er Jahren staatliche RepräsentantInnen, um diese Identität auch politisch wirksam werden zu lassen. Anerkennung verteilen in der monolithischen Öffentlichkeit dieser Jahre nur der Staat und die Parteien für die abwesenden HeldInnen, um die sich das Ritual dreht.

Wie erwähnt, erlaubt der österreichische Erinnerungsdiskurs, soweit er von mächtigen Institutionen getragen wird, die Konstituierung als Subjekt einer nationalen Geschichte des Nationalsozialismus nur in der Form des politischen Opfers oder des/derTäterIn. Die offiziellen Diskurse der Israelitischen Kultusgemeinde knüpfen an diese nationalen Mythen von Widerstand und politischem Märtyrertum an, wie dies auch von jüdischen Gemeinden in anderen Ländern versucht wurde<sup>2</sup>. Die Erinnerungsdiskurse der Israelitischen Kultusgemeinde bilden sich in Auseinandersetzung mit diesem Ausschluss der Juden aus der Staatsmythologie. In der Erzählung vom Warschauer Ghettoaufstand bietet sich eine Möglichkeit der Kopplung an die staatliche Rede vom Widerstand. Im politischen Zusammenhang bedeutet die Herstellung einer eigenen Widerstandsgeschichte eine Ermächtigung, auch wenn diese Narration der biographischen Erfahrung der meisten Überlebenden nicht entspricht. Ermächtigt wird der/die Einzelne nur, wenn er/sie sich selbst wiederum in diese Diskurse einklinkt. Wer als JüdIn eine Marginalisierung erfährt, kann sich hier über eine heroische Geschichte eine neue Subjektposition aushandeln. In der heroischen Geschichte selbst wird natürlich die gesamte Identitätsgruppe ermächtigt – es handelt sich um Identitätsangebote oder Identitätsspielräume, die hier geschaffen werden. Wie sehr einzelne AkteurInnen diese Angebote angenommen haben, ist damit noch nicht gesagt.

Der österreichische Widerstand als Staatsmythos bietet den paradigmatischen Fall einer heroischen Geschichte, gegenüber welcher sich ein jüdischer Identitätsdiskurs positionieren muss. Es ist durch die Erzählung vom Warschauer Ghettoaufstand zumindest möglich, seine Distanz zum österreichischen nationalen Mythos zu artikulieren, ohne ihn anzugreifen. Die strukturelle Ähnlichkeit der staatlich getragenen Erzählungen zur heroischen Gegenerzählung der Kultusgemeinde erlaubt das Nebeneinander dieser Diskurse. Es ist eine eigene, ähnlich heroische Geschichte, mit der die Kultusgemeinde sich in der Öffentlichkeit präsentiert. Für den Anschluss an dieses Zentrum und die Auseinandersetzung mit diesem ist deshalb der Ghettoaufstand als eigene Flexionsform einer Widerstandserzählung dazu in der Lage, eine Forderung der Anerkennung zu stellen. Der Staat kann an den Gedenkfeierlichkeiten zum Warschauer Ghettoaufstand nicht vorbeikommen.

Der Anspruch, hier die Geschichte eines entscheidenden Kapitels des Widerstandes während der NS-Herrschaft in der Öffentlichkeit darzustellen, ruft das hergestellte Zentrum im Umfeld der Staatsmacht, in diesem Fall besonders die SPÖ, beinahe automatisch auf den Plan. Es bietet eine Gelegenheit, einander eine heroische Haltung zu bestätigen: Die Israelitische Kultusgemeinde wird mit dem Besuch von Staats- und Partei-repräsentantInnen als Erbin einer heroischen Geschichte des Widerstandes bestätigt<sup>3</sup>, und dem Staat und den SozialdemokratInnen wird das Recht zugestanden, eine solche Anerkennung auszusprechen. Sie werden in einer solchen Inszenierung - weil sie hier unter anderem die ewige Bedeutung des jüdischen Widerstandes betonen dürfen und unter der damit impliziten Bezugnahme auf das Opfer sozialdemokratischer KZ-Häftlinge - selbst Träger einer heroischen Geschichte.

Das Bild eines signifikanten österreichischen Widerstandes wird in den Texten der Kultusgemeinde nicht direkt erzeugt, ein österreichischer Widerstand wird nicht einmal erwähnt. Es ist auch nicht die Ähnlichkeit der Pathosformeln, die zwischen dem Warschauer Ghettoaufstand und dem Widerstand in Österreich eine Parallele entstehen lassen kann. Die einfache Anwesenheit von Politikern wie etwa des Wiener Bürgermeister Franz Jonas, der „in seiner Rede [forderte], dass es keine Verjährung der Katastrophe des Warschauer Ghettos, keine Verjährung des Schuldbewusstseins geben dürfe“ (ebd., 3), bestimmt die Botschaft der Ausstellung. Jonas, der gleichzeitig im Namen der SozialdemokratInnen und als Bürgermeister von Wien spricht, wird in der Rede zur moralischen Instanz. Die Geschichte eines heroischen sozialistischen Widerstandes wird durch die Identität des Sprechers Jonas implizit immer miterzählt. Die offiziellen VertreterInnen, die bei den Veranstaltungen der Israelitischen Kultusgemeinde anwesend sind, kommen fast immer aus der Sozialdemokratie. Seit den späten vierziger Jahren hat der sozialdemokratische Bund in der Israelitischen Kultusgemeinde meist die absolute Mehrheit und seitdem bestehen enge Kontakte zur SPÖ (vgl. Embacher 1995).

#### *Die politische Ermächtigung*

Die Erzählungen der Kultusgemeinde bedeuten eine Ermächtigung eines jüdischen nationalen Diskurses, der zutiefst politisch ist. Das Unrecht einer fehlenden sozialen Anerkennung als JüdInnen kann durch diesen nationalen Diskurs erst artikuliert werden (vgl. Honneth, 1992). Die Ermächtigung einer jüdischen Identität ist mehr als nur ein weiterer Spielraum für die AkteurInnen. Das Unrecht funktioniert, genauso wie die Wahl der Identität, über Zuschreibungen. Deshalb wird das erlittene Unrecht erst über eine Semantik der Gemeinsamkeit ausdrückbar. So ist die Artikulation des Mangels selber die Ermächtigung und schafft eine Chance auf Anerkennung. Eine moralische oder ermächtigende Komponente in

diesem Sinn findet sich in allen drei Strategien wieder, die in den Texten und Inszenierungen der Israelitischen Kultusgemeinde im Jahr 1963 herausgearbeitet wurden:

Der staatliche Geschichtsdiskurs wird angegriffen. Der nationalen Opfergeschichte wird der bleibende Antisemitismus entgegengehalten.

Die Unmöglichkeit einer Erzählung wird inszeniert wie am Gedenktag des „Anschlusses“.

Die Erzählung des Warschauer Ghettoaufstandes wird als heroische Geschichte inszeniert.

Es sind immer die staatlichen Geschichtsdiskurse, an denen sich die Kultusgemeinde reibt. So greift die Gemeinde die dort universalistisch artikulierten Gemeinschaftlichkeit einer nationalen Geschichte auf, um die eigene soziale Anerkennung einzufordern. Ein moralischer Unterbau dieses Anspruches auf Gegenseitigkeit ist im Vorwurf der Kontinuität des Antisemitismus am stärksten zu spüren.

Der Vorwurf des bleibenden Antisemitismus unterstellt den RednerInnen, sowohl die Geschichte falsch darzustellen, als auch in heuchlerischer Absicht zu sprechen und damit den moralischen Regeln nicht zu entsprechen. Gefordert wird ein vernünftiger Diskurs, in dem das Unrecht gegenüber den JüdInnen ausgesprochen wird. Es geht allerdings nicht um die Forderung nach Inklusion in den staatlichen nationalen Geschichtsdiskurs. Die Kultusgemeinde fordert einen Geschichtsdiskurs, in dem die Forderung der Inklusion überhaupt erst möglich wird.

Die Inszenierung der Nichterzählbarkeit der eigenen Geschichte, nämlich der Shoah, ist ebenso ein Angriff auf die staatliche Geschichte. Während die PolitikerInnen auf dem Heldenplatz über nationale Geschichte reden, inszeniert die Kultusgemeinde ihre Exklusion aus dieser Geschichte. Statt den Gedenktag unkommentiert vorbeiziehen zu lassen, zeigt die Kultusgemeinde, dass ihre Geschichte sich im Kontext des nationalen, staatlichen Gedenkens nicht darstellen lässt - und zwar mittels einer eigenen Zeremonie. Die kritische Veranstaltung hat damit eher einen subversiven Charakter, denn einen ermächtigenden. Die in dieser Inszenierung hergestellte jüdische Identität lässt kein starkes Auftreten im staatlichen Diskurs zu. Die Darstellung des Mangels und der Nichterzählbarkeit schafft eine Subjektivierung, die sich bewusst außerhalb der zentralen Machtdiskurse positioniert und damit auch keine Subjektposition in diesen beansprucht. „Lediglich“ die Legitimität des staatlichen Geschichtsdiskurses wird nicht anerkannt. Weil in den fünfziger und sechziger Jahren allerdings mächtige Systeme oder Institutionen fehlen, die sich außerhalb oder am Rande der staatlichen Sphäre konstituieren, konnte dieser Diskurs auch nie gefährlich werden. Nachhaltig findet eine Ermächtigung gegenüber dem staatlichen Diskurs dagegen in den Versuchen einer heroischen Geschichtserzählung statt. Das Selbstwertgefühl, das mit dieser heroischen Geschichte erzeugt wird,

ist gleichzeitig Voraussetzung für eine soziale Anerkennung und Konsequenz des Kampfes um Anerkennung. Eine sozialistische Widerstandserzählung erlaubt teilweise die Übertragung der individuellen Enttäuschung in ein universalistisches, moralisches Projekt. In erster Linie schafft diese Inszenierung aber ein Selbstwertgefühl, das neue Spielräume der politischen Rede für die Kultusgemeinde ermöglicht.

Obwohl, wie erwähnt, das Bild eines jüdischen Volkes von WiderstandskämpferInnen nicht der biographischen Erfahrung der meisten JüdInnen, die 1963 in Wien lebten, entspricht, wurde dieses Identitätsangebot von niemandem innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde angegriffen. Zu sehr war dieser Diskurs durch die Auseinandersetzung mit dem Zentrum und dem Wunsch nach Anerkennung bestimmt. Die eigene heroische Geschichte des Warschauer Ghettoaufstandes erlaubt es, den Anspruch auf Anerkennung offensiv einzufordern – wie etwa in einer Ausstellung im Messepalast.

Dass diese Anerkennung immer auch eine gewisse Machtasymmetrie reproduziert, muss einerseits in Kauf genommen werden, und wird andererseits in dieser historischen Situation nicht reflektiert. Zu selbstverständlich ist es in der eingespielten Dynamik gegenseitiger Anerkennung, dass eine jüdische Identität an der Peripherie der staatlichen Machtdiskurse angesiedelt ist. Die Macht besteht in und durch diese Kommunikation. Die Macht formt die Aussagen nicht, sondern Macht ist den Aussagen eingeschrieben (vgl. Foucault 1978, 26). Der Staat ist mächtig, weil er im Akt dazu wird. Solange die Differenz ÖsterreicherInnen/JüdInnen naturalisiert wird und nicht zur Disposition steht, erscheint das Machtgefälle als selbstverständlich. Aus der Position der in der Gesellschaft naturalisierten und essenzialisierten jüdischen Identität heraus bedeutet diese Anerkennung allerdings dennoch eine Ermächtigung. Für die jüdischen AkteurInnen entstehen jedenfalls neue Freiräume – auch wenn die heroische Geschichtsrepräsentation, die von der Kultusgemeinde als wichtigste jüdische Institution aufgebaut wird, sich nicht außerhalb einer Machtlogik konstruiert, so oppositionell diese auch sein mag. Macht und Ohnmacht, Ausschluss und Ermächtigung entstehen zugleich, und das macht diese Kommunikation zwischen Zentrum und Peripherie so stabil. Dem subversiven Potential der Ermächtigungsstrategien stehen eben immer auch stabilisierende Momente gegenüber.

Der Wunsch nach Ermächtigung und Inklusion entpuppt sich dort, wo sie wirkungsvoll sind, auch als Bestätigung eben jener Konstellationen, die zur Entmachtung und Exklusion führen. Dort, wo wirklich andere Diskurse abseits der Macht aufgemacht werden, drohen diese nie das Zentrum zu penetrieren oder zu destabilisieren. Die Strategien der Kultusgemeinde sind vielfältig und kreativ, aber sie können in einer Situation, in der der Staat als zentrale Institution eine unangefochtene Legitimität und Zentralität besitzt, nirgends ansetzen. Die Strategien der Kultusgemeinde sind ihrer Situation und dem politischen Kontext angemessen. Die teil-

weise gescheiterten Versuche einer Ermächtigung innerhalb der staatlichen Diskurse und ihrer Subversion zeigen uns lediglich die Tragik, die in der gesellschaftlichen Konstellation angelegt ist. Aus der Position einer einzelnen, als ohnmächtig hergestellten Identität und Subjektposition erscheinen alle Strategien der Ermächtigung und Subversion in den fünfziger und sechziger Jahren zum Scheitern verurteilt. Ermächtigung bedeutet zwar zwingend auch Reproduktion der Macht, dennoch kann ein neuer politischer Spielraum kann für die AkteurInnen entstehen.

Die Vorteile dieser Anerkennung zeigen sich besonders im Vergleich mit anderen Opfern des Nationalsozialismus, deren Geschichte diese Anerkennung verwehrt wurde: Roma, Sinti, Homosexuelle oder so genannte „Asoziale“. Der Mangel einer gerechten Berücksichtigung in den Opferfürsorgegesetzen etwa konnte von der Israelitischen Kultusgemeinde zumindest artikuliert werden, obwohl er nicht aufgehoben werden konnte. Die teilweise Anerkennung als historische Subjekte in gewissen Machtdiskursen hat automatisch zu einer stärkeren Redeposition in anderen Machtdiskursen, wie beispielsweise dem juristischen, geführt. Der Kampf um Anerkennung ist nicht in allen relevanten Diskursen erfolgreich gewesen, aber ein Mangel angesichts der versagten Anerkennung und die Ohnmacht, die über die Diskurse zur Vergangenheit erzeugt werden, konnte wenigstens an gewissen Orten artikuliert werden. Für eine nachhaltige Ermächtigung bedarf es jedoch mehr. Erst die Etablierung mächtiger Öffentlichkeiten macht dies für marginalisierte Gruppen möglich.

#### Literatur

- Die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien in den Jahren 1960 bis 1964 (1964) Wien.  
Embacher, Helga (1995): Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945. Wien 1995.  
Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.  
Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/Main.  
Wolf, Joan (1999): „Anne Frank is dead, long live Anne Frank“. The Six-Day War and the Holocaust in French Public Discourse. In: History & Memory 11/1, 104-140.

<sup>1</sup> Es folgen sieben Zeilen Aufzählungen von Gästen.

<sup>2</sup> Für Frankreich wird diese Bindung an französische Nationalmythen von Joan Wolf (1999) beschrieben.

<sup>3</sup> Zu den Eröffnungsfeierlichkeiten vgl. Die Gemeinde, 31.5.1963.

Joskowicz, Ari "Symbolische Vergangenheitspolitik als Strategie der politischen Ermächtigung: Die Gedenkdiskurse der jüdischen Gemeinde in Wien" in Bratic, Ljubomir. (Hg.) Landschaften der Tat: Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa. St. Pölten: SozAktiv Verlag, 2002. S. 143 – 156.

Araba Evelyn Johnston-Arthur

Diese weiße Ethnizität zu ignorieren heißt, ihre Hegemonie zu verdoppeln, indem sie als natürlich dargestellt wird.

(Coco Fusco in bell hooks: In Yearning - Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht: Berlin 1996, S. 180)

Allein die Praxis des Benennens und Ansprechens der Weißheit steht in unserem österreichischen Kontext und somit auch in der bislang noch vorwiegend weißen ‚antirassistischen‘ Arbeitspraxis noch in den Kinderschuhen. Weißheit bleibt zumeist völlig unthematisiert und so wird die ihr zugrundeliegende Macht und Gewalt fortlaufend als Normalität zementiert, realisiert und ihre Hegemonie durch die ihr zugeschriebene Neutralität so auch verdoppelt.

Um in diesem meinem Kontext also überhaupt von einer: ‚vorwiegend weißen ‚antirassistischen‘ Arbeitspraxis‘ zu sprechen d.h. Weißheit als solche zu benennen, bedarf es für mich als vereinzelt schwarzes Subjekt an Radikalität und eines enormen Kraftaufwandes. Meinen dahingehenden Mut und meine Entschlossenheit lese ich mir von Schwarzen AktivistInnen, TheoretikerInnen und PraktikerInnen an, die sich zwar außerhalb dieses unmittelbaren, österreichischen Kontextes verorten, mich in meiner Position aber dennoch zu bestärken vermögen.

Weißsein als realisiertes Konzept das Rassismus zugrunde liegt, ist also neben der globalen Dimension weißer Superiorität, zu dem von seinen jeweils spezifischen historisch verankerten nationalen Realitäten geprägt. Das für den österreichischen Kontext spezifische, zumeist in Schweigen gehüllte Konzept der Weißheit wird hier selbst in der sogenannten antirassistischen Arbeitspraxis noch in sehr selbstverständlichen Dimensionen realisiert. Noch nicht einmal der explizite in-your-face-old-school-Rassismus bzw. Antisemitismus gilt hierzulande weitgehend als ein unbedingt zu sanktionierendes, sozial geächtetes Tabu.

Die Prozesse der Dekonstruktion weißer Normalitäten sind integrierte und essentielle Bestandteile der vielschichtigen Schwarzen Befreiungs- und Widerstandskämpfe angesichts rassistischer Unterdrückung und Machtausübung. Und so lassen sich tiefgreifende und fortlaufende Auseinandersetzungen mit den jeweils auch kontextspezifischen Weißheiten auch nicht von diesen emanzipatorischen, politischen Kämpfen trennen. Die vor diesem Hintergrund mitunter tagtäglich gelebte und explizit formulierte Schwarze Kritik ist eine für die jeweilige nationale Realität maßgeschneiderte. Werden Fragmente aus ‚etablierteren‘ Schwarzen Kritikdiskursen wie etwa aus dem US-amerikanischen Kontext also einfach nur direkt nach Österreich importiert, und hier als exquisite theoretisch-progressive Selbstkritikhäppchen serviert, entsteht

so etwas wie eine ‚Pseudo Thematisierung‘. Entzieht sich ‚die österreichische Weißheit‘ doch auf diesem Weg ganz eloquent den praxis- und handlungsorientierten lokalen Schwarzen Kritiken und einer dahingehenden Auseinandersetzung mit der eigenen spezifisch österreichischen Weißheit.

Neue Nische am kritischen Intellektuellenmarkt?  
Nein Danke!

Um die der Weißheit zugrundeliegenden Dimensionen der Machtausübung und Gewalt nicht einfach zu reproduzieren darf die Thematisierung der Weißheit nicht bei einem von der praktischen Realität völlig abgehobenen symbolischen selbstrepräsentativen P.C.-Praktik bleiben. Die Dynamik der Dekonstruktion der Weißheit als fortlaufender politischer Prozess innerhalb antirassistischer Kämpfe liegt gerade in der Verbindung von Theorie und Praxis. Vor diesem Hintergrund darf es nicht darum gehen eine weiße ‚antirassistische‘ Kritikelite zu bilden die ihre Weißheit ‚pseudo thematisiert‘ und von dieser Nische aus Diskurse produziert, die es ihr ermöglichen sich wieder in die eigene weiße Progressivität zu verlieben. Auf diesem Weg wird Schwarze Kritik in diesem exklusiven, mächtigen weißen ‚kritischen‘ Diskursen für die Selbstrepräsentation einer antirassistischen Weißheit nutzbar gemacht. Weißheit wird so nicht dezentriert sondern erhält lediglich eine kritische Verpackung, die ihr zugrundeliegende tagtäglich realisierte mächtige Gewalt bleibt ungetastet und normalisiert.

Johnston-Arthur, Araba Evelyn. "Weißheit" in: Büro für ungewöhnliche Maßnahmen (BUM) (Hg.) Historisierung als Strategie: Positionen – Macht – Kritik. Wien: Eigenverlag, 2004. S. 10-11.

## Ein Beitrag zur Diskussion zwischen der African Community und SOS Mitmensch

Ljubomir Bratic

Wer hat folgende Wortmeldungen nicht schon einmal gehört: "Wir machen antirassistische Arbeit", "Gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit". SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer hat am 9. Mai d. J. "einer Partei" in der jetzigen österreichischen Regierung "teilweisen Rassismus" vorgeworfen usw.

Man erinnere sich nur an die suggestiv gestik, die hinter diesen Aussagen steht, als hätten wir mit einer Pflichtlektüre in der Schule zu tun. Die Projekte, die diesen Gütesiegel auf den Deckel bekommen haben, spielen in den folgenden Ausführungen keine Rolle. Es handelt sich bei ihnen in der Regel nicht um antirassistische Projekte, sondern um Rechtfertigungsmechanismen einer durch und durch rassistischen Gesellschaft. Es sind PR-Tricks, die dahinter stehen.

Denn erstens, und damit fange ich mit meinen Thesen an: Antirassismus wird nicht ohne die Betroffenen "gemacht". Während sich die früher bürgerliche, jetzt zivile Elite in schönen, hegemoniellen, MigrantInnen ausschließende Traditionen erdreist, die gute Seite der Gesellschaft zu repräsentieren und für diese einen fast kanonischen Zugang zu den Aktionen entwickelt, sollte der Antirassismus einem republikanischen Prinzip folgen: MigrantInnen müssen ihre VertreterInnen im Repräsentationshaus haben. Bei allen großen Demonstrationen gegen Rassismus in Österreich bisher war das nicht der Fall. Da können die gutbürgerlichen Söhne (Töchter natürlich auch) ihre Treffen hinter hundert verschlossenen Türen halten, ihre Stimme hat nicht mehr Gewicht als jene der VertreterInnen der MigrantInnen, die nur eines im Kopf haben: Ausbruch aus der hegemoniellen Bevormundung.

So kommen wir zur zweiten These. In antirassistischen Auseinandersetzungen entscheidet nicht die Größe der NGO-s, ihre korporatistischen Schlagpotentiale, sondern allein die Abnahme der rassistischen Überfälle. Und diese sind exponentiell im Steigen, falls ich mich nicht irre: Dies trotz der "Lichtermeere" und "Demokratischen Offensiven". Das nenne ich den Maßstab des Antirassismus.

Dritte These: Antirassismus braucht Zeit. Bei den ersten Auftritten wird er nicht selten als aggressiv und kontroversiell bespuckt oder ausgestoßen – oder auch, aufgrund der enormen Machtkluft, gar nicht wahrgenommen. Unter Umständen auch, weil das Publikum ihre privilegierten Stellungen nicht mit jemand anderem teilen will. Mann/Frau will halt unter sich bleiben, wie in den Vorständen von vielen NGO-s, die sich angeblich der antirassistischen Arbeit verschrieben haben.

Die "Demokratische Offensive" und "SOS-Mitmensch" zum Beispiel schloss uns während der Vorbereitungsplena für die erste Demo am 12. Oktober 1999 (bei der zweiten Demo gab es keine

Vorbereitungstreffen mehr) aus – sie hatten damals Wichtigeres zu tun als den MigrantInnen zuzuhören, die lautstark ihre Positionen im verrauchten Raum des Republikanischen Klubs verkündeten. Nicht nur das – Mehrere dieser Herren wollten uns raus-schmeißen und steigerten mit Rufen wie "Raus hier!" die Hitze der Diskussion noch mehr. Nun haben wir uns woanders eingenistet, und von hier aus finden wir auch langsam Gehör. Wann wird man uns wirklich miteinbeziehen? Diese Frage wage ich nicht zu beantworten, aber wir verschaffen uns langsam selber unseren Platz. Bisweilen brauchen wir Jahre, bis wir ein Büchlein wie das von John Patillo-Hess (1986) über den "Zerfall der Masse zur Hetzmeute?" entdecken, aber dieses und ähnliche Bücher zeigen, dass unsere Stimme immer da gewesen ist.

These Nummer vier: Antirassismus ist eine Handlung, die das Herz der nationalstaatlich organisierten Gesellschaften trifft. Da liegt das Geheimnis der Teilnahmeverweigerung. Mann/Frau spricht in diesem Zusammenhang gern von konsequenter Verweigerung dem Machtapparat gegenüber.

These fünf: Antirassismus als Handlung hat einen gesellschaftlich relevanten Charakter in jedem Staat. Antirassistische Handlungen bilden Entwicklungsmöglichkeiten für jede Gesellschaft, sie treffen den Puls der Zeit und versuchen damit etwas anzufangen, indem sie versuchen, ihn zu verändern. Der Antirassismus schafft auf diese Weise eine Identifikationspotential, das seine weitere Tradierung, auch unter anderen Umständen, ermöglicht und fördert.

Deshalb lässt sich – These sechs – die Wirkung einer antirassistischen Handlung nicht nur aus der unmittelbaren Wirkung derselben ableiten. Beim Antirassismus spielt die unmittelbare Wirkung nur die Rolle eines Wegweisers in eine von Zwängen befreite Gesellschaft. Es geht hier mehr um das utopische Fundament, das im Antirassismus als Ideologie auf jeden Fall größer ist als im Alltag. Das ist der Grund, das auch die HelferInnen (siehe [widerst@nd-MUND](mailto:widerst@nd-MUND) vom 23. 4. 2000) sich als AntirassistInnen bezeichnen und fühlen. Sie wollen auch etwas von diesem Hauch der Befreiung mitbekommen. Ihre Machtpositionen aber wollen sie am liebsten behalten, und wenn es geht auch ausbauen. In diesem Punkt geraten sie in Konflikt mit Antirassismus.

Die letzte und siebte These lautet: Jede(r) versteht unter Antirassismus etwas anderes. Solche amorphen Begriffe lassen sich in der wissenschaftlichen Sprache nicht leicht übersetzen und zergliedern. Trotzdem habe ich diesen Versuch unternommen. Vielleicht deswegen, weil wir in dieser und nicht in einer anderen Zeit leben und agieren.

Es geht um "etwas tun", nicht um "über etwas nachdenken", das können wir als Orientierungsidee anbieten.

Bratic, Ljubomir. "Ein Beitrag zur Diskussion zwischen der African Community und SOS Mitmensch", 2000.

## FeMigra

An alle mehrheitsösterreichischen Mitarbeiter/innen in Migrant/innen-organisationen:

Tretet eure Arbeitsplätze an Migrant/innen ab. Eure Arbeitsplätze sollen adäquat durch Migrant/innen besetzt werden. Denn ein/e wahre/r Integrationsarbeiter/in ruht nicht eher, als sie/er ihren/seinen Job einer/m Migrant/in abgetreten hat. Nur dann hat sie/er für wahre Integration gesorgt.

Migration ist die Zukunft.  
Wir zelebrieren sie.  
Sie ist Geschichte.

Österreich ist ein Einwanderungsland.

Eine feministische Migrantin ist jede, die sich als solche fühlt.

Politische Definition + Selbstdefinition = Migrant/in. Was blockt, ist die Bewegungslosigkeit in sich selbst, die statische Struktur, die angenommene angebliche Notwendigkeit der strukturellen Gewalt sowie die Regulierung dieser. Diese strukturelle Gewalt wird über kollektive/individuelle Unsicherheiten und Ängste hergestellt. Hinzu kommt die fehlende Offenheit für neue Perspektiven und die Ignoranz der bereits zementierten hierarchischen Strukturen.

Wir wollen Migration zunächst zelebrieren und unsere Geschichte(n) sichtbar machen, ihr und ihnen Worte und Raum geben.

Die Feministischen Migrant/innen manifestieren sich in/durch folgende Forderungen (unendlich ergänzbar)

- > Keine Ghettoisierung von Migrant/innenkindern in Sonderschulen. Unsere Muttersprache ist keine "Behinderung".
- > Es darf nicht ausschließlich das Weltbild geprüft werden, das durch die deutsche Sprache vermittelt wird. Davon darf der schulische Erfolg nicht abhängen!
- > Anerkennung von Mehrsprachigkeit als kulturelles und soziales Kapital.
- > Solange es keine Einrichtungen mit migrant/innenspezifischen Strukturen gibt, müssen Migrant/innen überall dort sein wo:
  - Gelder verteilt und Finanzierungskonzepte erstellt werden
  - Informationen gemacht und verteilt werden,
  - Bildungskonzepte erarbeitet und beschlossen werden,
  - Über Pensionen, soziale Rechte und gesundheitliche Versorgung verhandelt und entschieden werden und
  - Beratung und Begleitung für Migrant/innen konzipiert und durchgeführt werden.
- > Keine Karriere machen auf den Rücken von Migrant/innen!
- > Honorierung und Anerkennung der unbezahlten

- Wissensvermittlung von Migrant/innen.
- > Aufnahme von Antirassismusschulungen und Seminaren als fixe Bestandteile aller Bildungsprogramme in Schulen, Aus- und Fortbildungen, Universitäten, an jedem Arbeitsplatz - konzipiert und geleitet von Migrant/innen.
- > Abschaffung des Fremdengesetzes! Ersatzlos streichen!
- > Antidiskriminierungsgesetz her!
- > Sofortige Legalisierung von Menschen ohne Papiere!
- > Generalamnestie für in Österreich lebende Menschen nach mindestens fünf Jahren in Österreich.
- > Anerkennung von frauenspezifischen Asylgründen.
- > EU-Antidiskriminierungsrichtlinien nur mit Migrant/innen durchführen.
- > Anerkennungen von Ausbildungen sowie unkomplizierte Übertragbarkeit jeder Ausbildung von Migrant/innen.
- > Anerkennung der Erfahrungen von Migrant/innen in Diskriminierungssituationen als Qualifikation.
- > Einführung der Mehrsprachigkeit (Dolmetscher/innen) in allen Ämtern und öffentlich geförderten Stellen.
- > Professionalisierung von Migrant/innen in allen Berufssparten und Aus- und Fortbildungen.
- > Verstärkung der feministischen migrationspolitischen Öffentlichkeitsarbeit
- > Migrationspezifische psychologische und medizinische Beratung und Gesundheitsversorgung her!

### **Ihr wollt uns ausschließen?**

**Keine Chance!**

**Ja, wir kennen unsere Rechte.**

**Unsere Flexibilität**

**Beweglichkeit und Mehrsprachigkeit  
geben wir auch weiter!**

FeMigra. "Manifesto FeMigra". Wien: Eigenverlag, 2004

**Vorwort zu "Landschaften der Tat:  
Vermessung, Transformationen und  
Ambivalenzen des Antirassismus in Europa"**

Ljubomir Bratic

Können wir Antirassismus heute denken? Oder wird diese Denkmöglichkeit durch die Übersättigung des Denkraums mit Theorien über den Rassismus verhindert? Diese Frage nach der Möglichkeit eines Diskurses des Antirassismus wird uns in diesem Buch beschäftigen. Eines Diskurses, der sich nur sehr langsam theoretisch entwickelte und sich hauptsächlich auf der Straße, in den Bewegungen und Selbstverständlichkeiten von AktivistInnen manifestierte.

Wir könnten denken, dass die Erforschung des Rassismus schon ein Fortschritt sei, in dem sehr viel Kraft liegt. Evident ist es aber nicht. Ich glaube sogar behaupten zu können, dass das Denken, das wir bisher als das unsere bezeichneten, die Frage nach dem Tun und nach der theoretischen Fundierung und Vortreibung antirassistischer Aktionen nicht einmal ansatzweise beantwortet hat. Ist es nicht so, dass der bisherige Antirassismus, vor allem in Form der antirassistischen moralischen Politik, versagt hat? Vieles wird aus diesem herrschenden Diskurs ausgeschlossen, und es hat seine Gründe, warum das so ist. Wir müssen erkennen, dass die diskursive Explosion in Bezug auf den Rassismus und die daraus resultierende theoretische Einseitigkeit unmittelbar in unsere Ohnmacht mündete.

Mir scheint, dass ein Denken des Antirassismus damit beginnen sollte, sich vorzustellen, dass die Theorie des Rassismus keine notwendigen und hinreichenden Bedingungen für die Umsetzung in einem politischen Zusammenhang aufweist. Das Wesen des Rassismus, das von MultikulturalistInnen diskursiv hergestellt und untersucht wird, besteht allein aus einer kulturellen Paranoia der Implikationen. Es gibt keine Angriffspunkte, sondern nur Folgen, die es zu mildern gilt. Damit sollen wir uns abfinden. Und damit wird der Rassismus, der unendlich transformierbar ist, als ein fixes, letztlich unbesiegbares Ganzes gedacht. So offenbart sich uns die Sackgasse dieses Denkens:

Antirassismus wird immer als Reaktion gedacht. Die Transformationen des Rassismus werden registriert als das Seiende, werden als Faktum hingenommen und, indem ihnen die Ehre des Feindes erteilt wird, objektiviert und fortgesetzt. Die Theorie belebt sie und lebt sie weiter.

Ich schlage vor, dieses Denken zu opfern und zu verkünden, dass es aufgrund seiner affirmativen Konsequenzen nicht mehr die alleinige Aufgabe sein kann. Und so werden wir endlich zu einer anderen Art des Denkens kommen, eines Denkens, das die Verwirklichung, und nicht die „Wahrheit“, vortreibt. Antirassismus denken würde bedeuten, die unter dem Gesichtspunkt der Machtverhältnisse betrachtete Geschichte der politischen Interventionen in einem rassistischen Feld zu denken. Und die Frage, die uns dazu beschäftigen sollte, ist die nach den Bedingungen, die die Verwirklichung dieses Denkens ermöglichen.

Es hieße, dem Rassismus in all seinen Transformationen einen Sieg einzuräumen, wenn wir weiterhin nur auf dem Denken des Rassismus beharrten. Sollen wir dem fanatischen Jubelschrei der rassistustreibenden Machtblöcke die Genugtuung verschaffen, dass unser Denken außer Stande ist zu ermessen, was zu tun ist, um ihnen etwas entgegenzusetzen?

Tun wir das, dann machen auch wir uns zu MörderInnen und HenkerInnen von Tausenden von Menschen, die an den europäischen Grenzen hingerrichtet werden, und wir stellen uns gegen die politische Intervention dieser Menschen.

Dem Verbrechen wollen wir entgegentreten, und um das zu tun, brauchen wir ein Denken, das den Weg zu einem Wissen über die Möglichkeiten des Zugangs, des Angriffs und des Sich-Wehrens eröffnet.

Der Antirassismus ist möglich, und er ist nicht die praktizierende Schattenseite der Rassismustheorie. Es handelt sich dabei um die Entwicklung eines Denkens, das es uns ermöglicht, den Boden so zu bereiten, dass die Gewächse der Gleichheit und Freiheit Aller wachsen können. Statt eines Nachwissens brauchen wir ein Vorwissen, statt voraus-eilem Gehorsam die vortreibende Aktion. Diese Gedanken sind in allen der in diesem Buch veröffentlichten Beiträgen wiederzufinden. Alle AutorInnen, die hier zu Wort kommen, sind auch AktivistInnen. Die Idee des Buches war es, einmal diejenigen, die es geschafft haben, den alltäglichen antirassistischen Kampf mit der Theorie zu verbinden, zu Wort kommen zu lassen um - möglichst nahe an ihre Arbeit anknüpfend - einen Raum für weiterführende gemeinsame Reflexion (sowohl strategisch als auch theoretisch) zu eröffnen. Der Aktivismus, der in diesem Buch angesprochen ist, hat in den letzten Jahren politische Beständigkeit gezeigt und dadurch teilweise den Platz der Opposition außerhalb der bestehenden Parteien in verschiedenen europäischen Ländern angenommen. Dabei geht es neben der Frage „Wer kämpft?“ und der geschichtlichen Darstellungen der Kämpfe, die vorwiegend im ersten Teil des Buches behandelt werden, auch um die grundlegendere Frage „Wie kämpfen?“. Es ist die Frage nach den Mitteln, die uns heute zur Verfügung stehen und die Frage danach, wie wir heute einen antirassistischen Kampf verstehen. Diese Fragestellungen bilden den Leitfaden für die hier gesammelten Beiträge. Ein Großteil der AutorInnen dieses Buches kennt sich persönlich und arbeitet seit Jahren in den antirassistischen Szenen in ihren jeweiligen nationalen und lokalen Kontexten, aber auch zunehmend grenzüberschreitend und miteinander vernetzt. Als Herausgeber habe ich meine Aufgabe nicht darin verstanden, einen vereinheitlichenden antirassistischen Diskurs zu produzieren. Die Frage, ob so etwas überhaupt möglich ist, lasse ich offen. Eher habe ich die vielfältigen diskursiven Linien des Antirassismus innerhalb Europas, vor allem in den Ländern der sich zunehmend von außen abschottenden EU, aufgegriffen und verfolgt. In dieser Hinsicht ist dieses Buch als Kompendium diverser bestehender Diskurse des heutigen Antirassismus zu verstehen. Und wenn es uns gelingt, in Zukunft verstärkt Allianzen zu bilden, dann wäre eine

wesentliche politische Zielsetzung des vorliegenden Bandes als erfüllt zu betrachten.

Ich möchte mich für die Unterstützung beim Entstehen des Buches bei Claudia Halbartschlager, Andrea Hummer, Hito Steyerl, Pierre Daum, Jo Schmeiser, Rubia Salgado, Peter Pantucek und vielen anderen bedanken. Besonderer Dank gilt dem Verlag SozAktiv dafür, sich auf dieses Projekt eingelasen zu haben. Schließlich möchte ich noch an die kürzlich tödlich verunglückte Kämpferin der österreichischen antirassistischen und feministischen Szene, Gabriele Marth, erinnern. Sie hat „das Wissen gehabt und verstanden“, wie es eine Aktivistin ausdrückte.

Dieses Buch versteht sich als Fortsetzung des Projekts des politischen Antirassismus in Österreich und steht in der Tradition von Vorläufern wie den 1999 und 2000 erschienenen Ausgaben von „Vor der Information“, der TATblatt-Sondernummer „Flucht. Hilfe“ von 1999 und dem im Jahr 2000 erschienenen Heft „Antirassismus: Positionen und Widersprüche“ der Zeitschrift Kurswechsel.

Ljubomir Bratic

Kostanjica, Bucht von Kotor am 30.8.2002

Bratic, Ljubomir. (Hg.) Landschaften der Tat: Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa. St. Pölten: SozAktiv Verlag, 2002. [Einleitung und Erklärung des politischen Antirassismus] S. 9 – 11

## **Kulturalismus und die Globalisierung im Fußball**

### **Antirassistische Interventionen in der Popkultur**

Michael Fanizadeh

Zwei grundsätzliche Fragen zu Beginn: Was hat Fußball mit Pop zu tun? Und warum sollte der antirassistische Kampf auch auf dem Feld der Popularkultur geführt werden? Die Antworten könnten sehr kurz ausfallen, wenn als Basis nur die österreichische Realität herangezogen wird. Einerseits weil trotz der Globalisierung die österreichische Fußballwelt auf dem besten Weg zurück in die sechziger Jahre ist ('Ausländerbeschränkungen' werden nicht nur debattiert, sondern in der 1. Division ab nächster Saison auch umgesetzt), andererseits da die Bedeutung von Sport als Vermittler kultureller Identitäten innerhalb der antirassistischen Öffentlichkeit kaum ernst genommen wird.

Nicht nur als Freund des Fußballs kann eine solche Realität nicht akzeptiert werden. Deswegen wurde anlässlich des EU-Jahres gegen Rassismus 1997 unsere Fußballkampagne *FairPlay. Viele Farben. Ein Spiel*, das erste österreichweite Antirassismus-Projekt im Sport, am Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit (VIDC) ins Leben gerufen. Dabei umfassten und umfassen unsere Aktivitäten schwerpunktmäßig fünf Bereiche:

1. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten in Österreich mit dem Ziel, antirassistische und entwicklungspolitische Messages im Sportbereich zu lancieren, das heißt, ein Problembewusstsein bezüglich Rassismus im fußballerischen Alltag und bezüglich der Diskriminierung v.a. des afrikanischen Fußballs zu schaffen;
2. antirassistische Workshops zur Sensibilisierung der Fußball-Community;
3. Zusammenarbeit mit Fanclubs, Schulen, Jugendlichen, Mädchen- und Frauenfußball etc.;
4. internationale Bündnisse mit dem Ziel, die größeren Erfahrungen in anderen Fußballländern für die antirassistische Arbeit in Österreich nutzbar zu machen, bzw. mittels Zusammenschlüssen ein europaweites Lobbying für Antirassismus im Bereich des Sports auf den Weg zu bringen;
5. Forschung, Diskussion und Reflexion.1

Doch zurück zur Frage: Warum ein antirassistisches Projekt im Sportbereich? Möglicherweise findet sich die Antwort in den zu beschreibenden postfordistischen Veränderungen am Markt (Stichworte Neoliberalismus und Globalisierung), die - zumindest war dies die Hoffnung vieler KritikerInnen sozialdemokratischer Regulierungsformen - auch zu einer

Liberalisierung der Gesellschaft führen sollten. Doch auch in Österreich wurde das Paradox, dass die ökonomischen Freiheiten am Markt kaum eine politische Entsprechung fanden, sichtbar. "Österreich(er) zuerst" und "Exotismus des Fremden" blieben hierzulande unhinterfragte Stereotypen im Fußball und in der Sportberichterstattung generell.

#### *Sport als kulturelle Leitwährung*

Sport und insbesondere der Fußballsport waren die globale kulturelle Leitwährung der 90er Jahre und werden als hegemonialer Bestandteil der Populärkultur ihre Rolle im neuen Jahrhundert eher ausbauen als verringern. Um die Dimensionen zu verdeutlichen: mehr als eine Milliarde TV-ZuseherInnen verfolgten 1998 die Spitzenspiele bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich (in Österreich waren es über eine Million Menschen), und zwischen zwei und drei Milliarden, also fast die Hälfte der Weltbevölkerung, besuchten die Olympischen Spiele 1996 in Atlanta via Fernsehen und Radio (vgl. Burstyn 1999). Zudem erbrachte das opulente Umfragewesen zum ausgehenden Millennium zwar Unklarheit darüber, wer nun die bekannteste Persönlichkeit auf dem Erdenball sei - der Fußballer Edson Arantes do Nascimento, besser bekannt als Pele, oder der Boxer Muhammad Ali -, doch ein Sportler musste es auf jeden Fall sein. Einzig die Frage, woher denn diese Begeisterung für den Sport rührt, bleibt von den modernen ProphetInnen meistens unbeantwortet.

Die Durchdringung und Politisierung des Freizeitsektors erscheint als ein zentrales Element postfordistischer Ordnung. In diesem Kontext ist dann auch die zunehmende gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung des professionellen Sports in den 1990er Jahren zu sehen. Kaum ein anderer Bereich der Massenkultur ist so durchdrungen von den Strategien und Praktiken der neuen Dienstleistungsunternehmen wie der Profi-Sport. Ein Merkmal dieser neuen Unternehmen ist es, so Gilles Deleuze, dass sie eine unerschöpfliche Rivalität einführen, "als 'gesunden' Wettstreit, als hervorragende Motivation, welche die Individuen gegeneinander aufbringt, jeden einzelnen innerlich spaltet" (Deleuze 1990). Und der Sport wiederum ist hervorragend dafür geeignet, diese Ideologie der individuellen Leistungsmaximierung und Spaltung zu vermitteln und als quasi 'natürlichen' Wert zu etablieren. Der Aufstieg des Medienmoguls Silvio Berlusconi vom Fußballpräsidenten zum kurzzeitigen Ministerpräsidenten Italiens erscheint vor diesem Hintergrund weniger verwunderlich, verband er doch die Aura eines erfolgreichen Sportmanagers des AC Milan (Forza Milan) mit dem Versprechen der Erneuerung und Leistungssteigerung Italiens (Forza Italia).

Die Einbeziehung der Privatsphäre und Emotionswelt des Sportlers/der Sportlerin in die teilnehmende Berichterstattung der Medien rundet dabei dieses Bild der Durchdringung ab: maximale Leistung findet nur dort statt, wo die Ideale der Bürgergesellschaft, Familie, Disziplin und Ordnung, noch

Gültigkeit haben; und wer ein bisschen ausgeflippt ist, ist es nur solange, als es die individuelle Leistung zumindest nicht beeinträchtigt. Die Botschaft ist klar: Popkultureller Habitus ist durchaus erwünscht und lässt sich auch sehr gut verkaufen, offene Kritik jedoch führt zur Auflösung der Disziplin und muss bestraft werden.

Das neue goldene Zeitalter des Sports offenbart sich aber nicht nur durch die steigende Anzahl von ZuschauerInnen (im Stadion und v.a. im TV), sondern auch durch den, wie der Soziologe John Williams meint, "Wandel der physischen und mentalen Rhythmen" des postfordistischen Lebens und "vor allem mit der damit einhergehenden verstärkten Konzentration auf 'den Körper' in der Freizeit" (Williams 1997). Diese Konzentration muss möglichst alle sozialen Klassen, Nationalitäten und auch die Frauen miteinbeziehen. Frauen würden deshalb "heute zum Beispiel regelmäßig als die Gruppe mit den höchsten Zuwachsraten bei englischen Fußballzuschauern ausgewiesen (...). Die mit dem Begriff des 'Familienpublikums' verbundenen Ideologien spielen heute im Fußballmarketing fast überall eine wesentliche Rolle" (ebd.). Und fast zeitgleich treten zu Beginn der neunziger Jahre in Europa offizielle Antirassismus-Initiativen hervor, denen bei der Stigmatisierung der 'Hooligan'-Fankultur und bei der Erschließung neuer Publikumsgruppen eine besondere Rolle zukommt.

#### *Antirassismus und Modernisierung*

Indem die Antirassismus-Initiativen den Focus auf die neuerdings unerwünschten Underdogs legen, werden sie zu Partnerinnen der nationalen Fußballverbände und Vereine. Für England konstatiert etwa Tim Crabbe: "Das Engagement der FA (Football Association) in diesem Bereich war nicht nur von der Notwendigkeit der Konfliktvermeidung getragen, sondern von dem wesentlich weitergehenden Wunsch, einem Fanverhalten vorzubeugen, das als medial sehr sensibel und als schädlich für das öffentliche Image des Sports betrachtet wurde. Infolge dieser Betrachtungsweise waren die Strategien der FA von einer Interpretation von Rassismus als Produkt von Fankulturen (...) dominiert." (Crabbe 1997) Die Resultate einer solchen Antirassismusstrategie sind klar. Durch die einseitige Zuweisung der Verantwortung an die Fans werden die rassistischen und sexistischen Strukturen und Ideologien des Sports von jeglicher Diskussion ausgenommen. Das Unternehmen Sport kann so geruhsam seine Umstrukturierung fortsetzen, entledigt sich nebenbei der unzivilisierten Störenfriede und kann auch noch die allgemeinen Vorurteile gegen die "ungebildeten" Klassen befriedigen.

Die Verdrängung einer spezifischen Fankultur ist eine notwendige Voraussetzung, um die Integration aller ökonomisch bedeutsamen Publikumsschichten in den Sport zu ermöglichen. Die Konzentration der Unternehmen auf den Freizeitsektor hat jedoch nicht nur die Integration neuer Publikumsgruppen im Stadion zum Ziel. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich durch die veränderten ökonomischen und

medialen Bedingungen, die Fußballklubs heute vorfinden und die neue Profite durch den Sport erhoffen lassen: "Früher investierten reiche Mäzene ihr Geld vor allem aus sentimental Gründen in den Sport und nicht, weil sie sich davon finanziellen Profit versprachen - heute stehen die großen Konzerne Schlange, um sich an diesem lukrativen Spiel zu beteiligen, vor allem im Fußball", meint etwa Martin Jacques (1997) im britischen Observer.

Aufgrund dieser ökonomischen Veränderung komme heute dem professionellen Sport eine ähnlich dominante kulturelle Position zu, wie der Rockmusik in den sechziger und siebziger Jahren: "Spitzensportler sind heute kulturelle Idole, begehrt von den Sponsoren und der Werbewirtschaft. Galt Sport früher großteils als Zeitvertreib der Unterschicht, so ist er heute durchaus Thema seriöser Auseinandersetzung" (ebd.). Sport ist somit zu einem hegemonialen Träger der Popularkultur geworden und die SportlerInnen selbst werden der Jugend als neue Vorbilder und TrägerInnen dieser globalisierten Identität präsentiert.

Fußballer wie der brasilianische Internationale Milan-Star Ronaldo verkörpern diesen neuen Trend. "Für einig Menschen heißt der Gott Ronaldo", schreibt etwa Manuel Vazquez Montalban, "Ronaldo wird immer mehr als nur ein Fußballer sein. Er ist dazu verdammt, den postmodernen Sport zu verkörpern: den janusköpfigen Sport, der zum einen eine säkulare Massenreligion geworden ist, zum anderen ein multinationales Geschäft, das immer mehr seiner Einnahmen jenseits der sportlichen Sphäre erzielt" (Montalban 1997). Vielleicht übertreibt Montalban bei seiner Huldigung an den Fußballers, doch auf jeden Fall brauchen die Sportunternehmen solche Helden wie Ronaldo für die weltweite Vermarktung ihrer Produkte.

Es kann daher wenig verwundern, dass die Tendenz dahin geht, die aktiven AthletInnen stärker an die Unternehmen zu binden. Heute sind nicht mehr die Vereine, sondern zunehmend die großen Sportartikelhersteller selbst die Schlüsselfiguren bei der "entscheidenden Frage, wo ihre SportlerInnen entsprechend ihres maximalen internationalen Marketingpotentials am besten 'platziert' werden sollen" (Williams 1997). Doch auch die Klubs sind nicht untätig, mischen am globalen Markt kräftig mit und bauen ihre Merchandising-Abteilungen kräftig aus. Für Großklubs wie Bayern München oder Manchester United wird dabei die Internationalisierung des Merchandising zur bedeutsamsten Frage, denn nur über eine verstärkte Einbindung in den internationalen Markt lassen sich noch höhere Gewinne erzielen. In diesem Zusammenhang sind auch die Bestrebungen der großen Vereine zu verstehen, eine transnationale Liga für Vereinsmannschaften zu etablieren. Wobei die jüngsten Entwicklungen bei der europäischen UEFA-Champions League bereits in diese Richtung weisen und die Großklubs bei ihren Internationalisierungsbestrebungen unterstützen.

Doch vor allem im außereuropäischen und hier vermehrt im fernöstlichen Markt liegen die Hoffnungen

der Sportunternehmen. Hier sind wiederum die englischen Klubs in einer Vorreiterrolle. Manchester United engagierte 1997 die Investmentbank von HSBC, eine der führenden Investmentbanken des Fernen Ostens, um den Klub bei der kommerziellen Nutzung von Umfrageergebnissen zu unterstützen, die Manchester United als den in Asien bekanntesten europäischen Fußball-Markennamen ausweisen. Die Vergabe der Fußballweltmeisterschaften von 1994 an die U.S.A. und 2002 an Japan und Südkorea, alle drei doch eher fußballerische Entwicklungsländer, stehen in diesem Zusammenhang. Sie sollen helfen, neue Fußballmärkte zu erschließen und die Markennamen der Ronaldos und Real Madrids als Träger der neuen Sportivität noch weiter zu verbreiten.

#### *Globalisierung und Afrika*

Auch die Bewerbung Südafrikas für die Fußball-WM 2006 kann unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden; und vielleicht liegen gerade im unbändigen Expansionshunger der Fußballunternehmen die Chancen gegenüber den europäischen Kandidaten England und Deutschland, denn noch nie fand auf dem afrikanischen Kontinent eine WM statt. Für den Generalsekretär des südafrikanischen Fußballverbandes und Koordinator der WMBewerbung, Danny Jordaan, geht es dabei um Möglichkeiten für die fußballerische Entwicklung ganz Afrikas. Denn in der Frage der Globalisierung sieht Jordaan eine der größten Herausforderungen für den afrikanischen Fußball: "Die Globalisierung wird von einer Revolution der Kommunikations- und Informationstechnologien getragen, und darin liegt auch die größte Schwäche der afrikanischen Wirtschaft: im Fehlen der Telekommunikations- und Informationstechnologie." (Jordaan 1997) Aus diesem Mangel folgt, dass zu wenig Geld für Sponsoring oder für die Unterstützung der fußballerischen Entwicklung in Afrika zur Verfügung steht: "Afrikas Beitrag zur Globalisierung des Fußballs ist, wirtschaftlich ausgedrückt, vor allem auf der 'Lieferantenseite' auszumachen. Wir schicken talentierte Spieler aus Afrika nach Europa, was zur Folge hat, dass in unseren eigenen Ländern 'produzierte' Qualität des Fußballs sinkt" (ebd.).

Auch Hédi Hamel, der Chefredakteur von *Football Afrique* und Chefkommentator von *Canal France International* beim Afrika Cup '98, sieht nicht mehr in den offenen rassistischen Übergriffen, die dem faktischen Totalausschluss afrikanischer Kicker in Europa folgten, das Hauptproblem für die Fußballbeziehungen zwischen EuropäerInnen und AfrikanerInnen, sondern in einem neuen Phänomen, im "Rassismus durch Betrug und Plündererei" (Hamel 1997). Hintergrund dieses strukturellen Rassismus sind die Erfolge Algeriens bei der WM 1982 und vor allem die Triumphe der Nachwuchsteams aus Nigeria und Ghana in den 80er und 90er Jahren. 1985 gewann Nigeria u. a. mit Jonathan Akpoborie erstmals die U 17 WM, 1991 die Black

Starlet aus Ghana (gecoacht vom deutschen Fußballentwicklungshelfer Otto Pfister im Auftrag des auswärtigen Amtes in Bonn); 1993 war es erneut Nigeria mit den heutigen Superstars Nwankwo Kanu und Taribo West. Kanu wurde daraufhin um preisgünstige 80.000 Dollar von Ajax Amsterdam eingekauft und ist seit kurzem bei Arsenal London der bestverdienende Spieler der Premier League.

Beim Rassismus durch Betrug und Plünderung geht es "um die Machenschaften betrügerischer Agenten aus Italien, Belgien, Holland und Deutschland. Sie überweisen den Eltern der minderjährigen afrikanischen Spieler eine Handvoll Dollar und es gelingt ihnen dadurch, die Teenager mitzunehmen und ihnen einen Vertrag über 7 bis 10 Jahre unterzubuheln. Die Spieler bekommen sehr geringe Gehälter, bevor sie teuer weiterverkauft werden" (ebd.). Die angebotenen Spieler werden dabei immer jünger und landen oft bei letztklassigen Amateur- oder Unterligaklubs, wo sie ohne jegliche soziale und häufig auch ohne sportliche Betreuung ein Leben als fußballerische *Boat People* fristen. Die von der FIFA 1994 eingeführte Lizenzierung von Spielervermittlern hat wenig an der Situation geändert, im Gegenteil, junge afrikanische Spieler, die oft notgedrungen bzw. aus Naivität die Dienste von nicht lizenzierten Agenten in Anspruch nehmen, sind von einer einjährigen Sperre bzw. einer Buße von 50.000 Franken bedroht.

Jüngstes Beispiel ist der Skandal um minderjährige Kicker in Italien, der vor kurzem auch im italienischen Parlament zur Sprache kam. In den italienischen Amateurligen spielen nach Schätzungen des italienischen Verbands etwa 5000 Jugendliche unter 16 Jahren - importiert vor allem aus Westafrika, Marokko, aber auch Albanien. Sie träumen davon, wie Georg Weah, der Weltfußballer des Jahres 1997, zu werden. 90 % dieser Fußballmigranten-Kinder verschwinden innerhalb kurzer Zeit; sie müssen sich z. B. als Tomatenpflücker oder Fensterputzer ohne legale Aufenthaltserlaubnis verdingen.

Auch der ehemalige Fußball-Star Abedi Pele Ayew beklagt den *football drain* aus Afrika. Eliteklubs warten nicht mehr auf fertige Spieler, sondern nehmen bereits frühzeitig hoffnungsvolle Talente unter Vertrag und lassen Afrikas Fußball dadurch konstant zur Ader. Auch hätten sich die Bedingungen für neue afrikanische Spieler, im Vergleich zu der Zeit, als Yeboah und er nach Europa gekommen sind, deutlich verschlechtert. Abedi wie auch Roger Milla oder Anthony Yeboah fordern daher gesetzliche Maßnahmen, welche den frühen Auslandstransfer von Jugendlichen unterbinden sollen, unter anderem durch die Festlegung einer Altersklausel. Die Rolle Afrikas als bloßes fußballerisches Arbeitskräftereservoir geht mittlerweile soweit, dass nationale Verbände den Spielbetrieb nicht mehr aufrechterhalten können: Im zentralafrikanischen Gabun fand mangels Spielern 1997 keine Meisterschaft statt. In den Ligen der klassischen Fußball-Länder wie Kamerun oder Ghana gingen das Spielniveau und die Zuschauerzahlen im vergangenen Jahrzehnt deutlich zurück.

Damit die benötigte Informationstechnologie und somit auch Geld nach Afrika fließen, fordert Danny Jordaan neue Wettbewerbe für den afrikanischen Fußball. Ein Beispiel dafür ist die African Champions League, die 1997 aus der Taufe gehoben wurde und womit erstmals Geld in afrikanischen Klubbewerben zu gewinnen ist. Die Prämien für die African Champions League stammen übrigens von der französischen Mediafoot, welche die Vermarktungs- und Fernsehrechte des Events gekauft hat. Und der heurige Africa Cup of Nations in Ghana und Nigeria wird von der ISL vermarktet, einem Unternehmen des adidas-Konzerns, welches bereits die Fußball-WM 1998 in Frankreich gewinnbringend verkaufte.

#### *Kulturalismus und Fußball*

Wie wir gesehen haben, werden durch die veränderten ökonomischen und politischen Strukturen des postfordistischen Fußballs die Rollen von Fußballmigranten (v.a. von Kickern aus Afrika, Asien und Lateinamerika) neu definiert und müssen daher kritisch hinterfragt werden. Wenn zuvor vom Rassismus durch Plünderung die Rede war, soll es nun aber eher um die subtileren, aber dadurch nicht weniger wirksamen Formen gehen.

Wie schon der französische Sozialwissenschaftler Etienne Balibar in seinem gemeinsam mit Immanuel Wallerstein verfassten Buch 'Rasse, Klasse, Nation' aus dem Jahr 1990 dargelegt hat, definiert sich das Wesen des modernen Rassismus dahingehend, dass nicht mehr ausschließlich 'überkommene' Biologismen das Feld des Rassismus bestimmen, sondern modernere, kulturell definierte Formen der Diskriminierung. Die kulturellen Differenzen zwischen einer (konstruierten) einheimischen und einer fremden Bevölkerung werden dabei als unüberwindbar dargestellt. Das bedeutet natürlich nicht, dass die alten, eher biologisch begründeten Formen des Rassismus gänzlich verschwunden sind, diese scheinen allerdings für den modernen Diskurs des Rassismus, der weit über das Feld des organisierten Neonazismus hinausgeht, eher von sekundärer Bedeutung zu sein.

Ein Beispiel aus dem österreichischen Fußballsport kann dies verdeutlichen:

Beim österreichischen Rekordmeister Rapid Wien spielte in den Saisonen 1996/97 und 1997/98 der Stürmer Samuel Ipoua, welcher in Kamerun geboren und in Frankreich aufgewachsen ist. Rassistische Übergriffe gegen ihn waren an der Tagesordnung, sei es im Stadion oder im Alltagsleben. Trotzdem glänzte Samuel Ipoua immer wieder durch seine Stürmerqualitäten, aber er ist auch oft aufgrund von Unsportlichkeiten vom Platz gestellt worden. Er sei halt unverbesserlich undiszipliniert, hieß es damals von Seiten vieler Medien, der Wille oder die Möglichkeit, seine Undiszipliniertheiten in den Griff zu bekommen, wurden ihm abgesprochen. Ein paar Jahre zuvor gab es einen ähnlichen Fall bei Rapid Wien: der heutige 'Spanienlegionär' und Nationalspieler Didi Kühbauer wurde ebenfalls oftmals der Unsportlichkeit bezichtigt und des Platzes verwiesen. Ihm wurde allerdings seine Jugend ent-

lastend angerechnet, Samuel Ipoua wurde eine solche Entschuldigung aufgrund seiner Hautfarbe verweigert. Zugegeben ein auf den ersten Blick recht unspektakuläres Beispiel, aber der Fall Ipoua beschäftigte die österreichischen Medien und die Öffentlichkeit in einem überwältigenden Ausmaß.

Eine paar Kostproben: Ipoua solle wissen: "Im Gegensatz zu anderen Ländern werden dunkelhäutige Spieler in Österreich bewundert. Weil sie sich eleganter bewegen, weil sie gefühlvoller mit dem Ball umgehen können." (Kurier 6. Mai 1997, anlässlich einer Rauferei zwischen Ipoua und Andreas Ogris vom Stadtrivalen Austria Wien) Oder aber: "Er spielt unorthodox wie alle Afrikaner" (Die Kronen Zeitung 17. August 1997), dies obwohl Ipoua in Frankreich das Fußballspielen gelernt hat.

Differentiell rassistische Positionen finden sich also mittlerweile nicht mehr nur bei neurechten Apologeten des Rassismus, sondern auch im Sport wird nach Anknüpfungspunkten für die Behauptung einer kulturellen Differenz gesucht. Und dies wiederum nicht nur von Rechtsradikalen und Faschisten. Ein wohlgemeintes Beispiel aus der *Sportwoche* mit dem Titel "Ausländer rein! - United Colours of Bundesliga": "Black Power für die Red Devils. Eric Akoto & Benny Akwuegbu (GAK) Ghanese, 19 bzw. Nigerianer, 25. Wenn sich die beiden schwarzen Perlen treffen, liegen heiße Afro-Rhythmen in der Luft. (...) Auch beim SpoWo-Fotoshooting mit grooviger Hintergrundmusik lassen die sympathischen Kicker die Hüften kreisen." (Sportwoche Nr. 43, 29.11.1999) Auch schwarze SportlerInnen wie der afroamerikanische Basketball-Superstar Michael Jordan blasen ins selbe Horn, wenn dieser mit der Behauptung "white men can't jump" vor die Kamera tritt.

Eine antirassistische Sportinitiative muss daher gerade hier anzusetzen und den kulturalistischen Vereinfachungen entgegentreten. Wobei die Betonung der subtileren Formen des Rassismus keineswegs bedeutet, dass nicht auch die offenen Formen bekämpft werden müssen. Die Bandbreite des offenen Rassismus im österreichischen Fußball reicht von den bekannten verbalen Verunglimpfungen, wie "Jugosau" gegenüber Spielern aus Osteuropa bzw. "Husch, husch, Neger in den Busch" oder dem Affengebrüll der ZuschauerInnen gegenüber farbigen Spielern bis hin zu eher strukturellen Diskriminierungen. Ein plakatives Beispiel für solche strukturellen Diskriminierungen lieferte Anfang August 1999 das Tiroler Außerfern. Die einheimischen Hobbyvereine hatten beschlossen, drei türkische Teams mit dem Verweis auf die 'Aggressivität' türkischer Zuschauer aus der Liga auszuschließen. Die Außerferner Fußballliga bewerkstelligte den Ausschluss, indem sie das offizielle Reglement des ÖFB, demzufolge nur zwei Nicht-EU-Ausländer im Amateurbereich pro Mannschaft erlaubt sind, als Begründung heranzogen und zur Anwendung brachten.

#### Literatur

- Crabbe, Tim: Was ist Erfolg? Rassismus und Antirassismus im Profifußball; in: Michael Fanizadeh/Kurt Wachter/VIDC (Hrsg.): Fußballkultur in Europa, Globalisierung und Rassismus. Reader zum Wiener Symposium vom 10. - 11. November 1997, Wien 1998. S. 52-71.
- Balibar, Etienne/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990.
- Burstyn, Varda: The Rites of Men: Manhood, Politics, and the Culture of Sport. Toronto 1999.
- Deleuze, Gilles: Das elektronische Halsband. Innenansicht der kontrollierten Gesellschaft; in: Neue Rundschau, 101 Jg., 1990.
- Fanizadeh, Michael: Der Fan als Störenfried; in: Die Wochenzeitung (WOZ), Zürich, 11.6.1998.
- Jacques, Martin: Worshipping the body at alter of sport; in: The Observer 13.7.1997.
- Montalban, Manuel Vazquez: Der Profifußball zwischen Mythos und Markt. Eine weltliche Religion auf der Suche nach Gott; in: Le Monde diplomatique Nr. 5305, 15.8.1997.
- Williams, John: Identität und "Gemeinschaft" im "neuen" britischen Profifußball der neunziger Jahre; in: Michael Fanizadeh/Kurt Wachter/VIDC (Hrsg.): Fußballkultur in Europa, Globalisierung und Rassismus. Reader zum Wiener Symposium vom 10. - 11. November 1997, Wien 1998. S. 46-51.

1 Genauere Infos gibt es bei der Servicestelle: FairPlay-VIDC, Weyrgasse 5, 1030 Wien, Tel.: 01-7133594, fairplay.vidc@magnet.at, www.oneworld.at/fairplay/

Fanizadeh, Michael: Kulturalismus und die Globalisierung im Fußball. Antirassistische Interventionen in der Popkultur in Kurswechsel Heft 1/2000: "Antirassismus: Positionen und Widersprüche", Wien, 2000

***Impressum:***

***Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:***

TirolerKulturInitiativen / IG Kultur Tirol, Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck

***Redaktion:***

Daniela Birk, Erika Doucette, Nicole Hauber, Gabriele Gerbasits, Markus Griesser

***Grafisches Konzept:***

Martin Burkhardt